

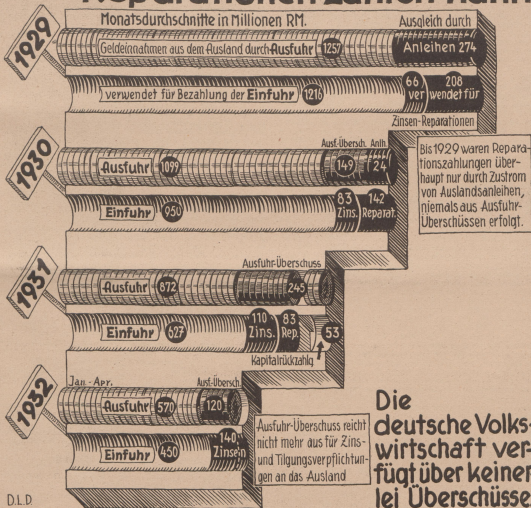
# Der Heimatsdienst

Mitteilungen der  
Reichszentrale für Heimdienst  
Nachdruck sämtlicher Beiträge, mit Ausnahme der ausprüchlichen Darstellungen und sonstigen Abdrücke, nur mit Quellenangabe gestattet

Aus dem Inhalt: Deutschlands Recht zur Einhebung der Reparationen, von Oberregierungsrat Dr. Wilhelm Siegel / Die Reichsbanknote; Drängung und von Papen / Die kommunale Finanzwirtschaft, von Dr. Otto Brandt / Sonstige Abrechnungen, von Dr. Otto Brandt, M. b. B. / Die Reichsbanknote, von Reichsrechnungsrat Dr. Heßel / Politische Chronik / Zur Zeitgeschichte / Gustav Wolff und Wollstein, von Hans Gopp.

In Kommission:  
Zentralverlag G. m. b. H., Berlin W 35  
Halbjährlich 2,25 Mark / jährlich 4,50 Mark  
Erscheint zweimal monatlich  
Durch jedes Postamt zu beziehen

## Warum Deutschland keine Reparationen zahlen kann



# Deutschlands Recht zur Einstellung der Reparationen

Von Oberregierungsrat Dr. Wilhelm Sieglar

Die Weltwirtschaftskrise hat den Bankrott des „Systems“ der „Reparationen“ gebracht. Aber dieser äußere Cathefall verkleidet nur einen Prozeß moralischer Natur, der damit zu seinem Abschluß gelangt ist. Denn er macht nur vor aller Augen offenbar, daß dieses ganze im Versailles Vertrag mühsam aufgerichtete Gebäude vom ersten Tage an auf schlipfrigem Boden gebaut war. Es hat rund zwölf Jahre gedauert. Aber wer die Schöpfungsgeschichte des Versailles Deutungs fähig, der konnte seinen Augenblick daran zweifeln, daß dieser Augenblick eines Tages eintreten mußte.

Es ist heute noch unmöglich, eine komplette Entstehungsgeschichte der „Reparations“-Verpflichtungen zu schreiben. Der Zusammenhang zwischen Kriegsschuldfrage und Reparationsfrage ist soeben von Hajo Holborn in seinem Vortrag „Kriegsschuld und Reparationen auf der Pariser Friedenskonferenz von 1919“ (V. S. Teubner, Leipzig) aufgeklärt worden. Aber für das Zustandekommen der materiellen Kassen ist man immer noch auf Fragmente angewiesen. Denn die Schöpfungsgeschichte des ganzen Versailles Vertrages ist von den Siegermächten mit einem dinsten, fast rechtfertigungsversuch einzelner Beteiligten wie Wilson, Oberst House oder Lloyd George allmählich da oder dort ein Züpfel dieses Schiebers gelöstet wird, um so ersprechender entsteht sich die Leidenschaftlichkeit und innere Unwahrscheinlichkeit, mit der im Frühjahr 1919 bei der Schöpfung des Versailles Vertrages gerade in der Reparationsfrage operiert worden ist.

Die deutschen Verpflichtungen waren in der amerikanischen Kankins-Zote vom 5. November 1918 klar umschrieben. Deutschland hatte durch Annahme dieser Zote die Verpflichtung übernommen, die deutschen Gebiete zu räumen und wiederherzustellen. Und seine Gegner hatten diese Verpflichtung dahin interpretiert, daß „Deutschland für allen durch seinen Angriff zu Wasser und zu Lande und in der Luft der Zivilbevölkerung der Alliierten und ihrem Eigentum zugefügten Schaden Ersatz leisten soll“. Dadurch war ein rechtlich bindender Vertrag zustande gekommen, worüber seine Meinungsverschiedenheit unter allen Autoritäten der Welt besteht.

Wohl war diese Bestimmung selbst nicht so präzis und klar umrissen wie der ursprüngliche Wilson-Punkt, der allein die „Räumung des gesamten französischen Gebietes und der Wiederherstellung der gesamten Gebiete“ sprach. Aber trotz der erfolglosen Erweiterung war die äußere Abgrenzung in dieser Richtung absolut klar. Es konnte nur Schaden gefordert werden, welcher der Zivilbevölkerung der Alliierten, aber nicht Militärpersonen oder öffentlichem Eigentum zugefügt war. Es durfte nur Ersatz in der Höhe des tatsächlich entstandenen Schadens, nicht aber in Höhe irgendwelcher Neuaufwendungen zur Erweiterung oder Verbesserung gefordert werden. Und schließlich konnten nur solche Staatsansprüche erheben, welche von Deutschland „angerechnet“ worden waren. Im ganzen und grmößtlich aber war flipp und klar jeder Anspruch auf „Kriegsentschädigung“ von vornherein abgelehnt und ausgeschaltet. In diesem Sinne ist der Sinn der Kankins-Zote vom 5. November 1918 über jeden Zweifel erhoben. Wer aber doch noch irgendwelche Zweifel daran hegen sollte, der braucht nur in die Protokolle der Sitzung des „Obersten Kriegsrats“ vom 4. November hineinzu schauen, in denen der Wortlaut dieser Bedingung der Alliierten offiziell verabschiedet wurde. Damals wurde zum erstenmal der verstoßene Versuch gewagt, Ansprüche auf „Kriegsentschädigung“ in das System des Abmachungen hineinzuverpacken. Dieser „Anschlag“ ist von Oberst House unmittelbar abschätzig abgelehnt worden, wie sich aus seinen „Papieren“ ergibt, die zum in gekürzter deutscher Übersetzung (Union Deutsche Verlagsgesellschaft, Stuttgart) erschienen sind. Obwohl in der deutschen Übersetzung dieser maßgebende Passus leider unter den Tisch gefallen ist!

Aber diese Schlappheit hat die Staatsmänner der Entente nicht davon abgehalten, diese Politik bei Zusammentritt der Konferenz sofort wieder aufzunehmen. So wurde die ganze Geschichte der Ausarbeitung der Reparationsbestimmungen weiter nichts als der systematische Verlust, die Reparationsbestimmungen des „Versaillesvertrages“ vom 5. November 1918 zur Rechtfertigung der in Wahrheit nie fallen gelassenen Ansprüche auf „Kriegsentschädigung“ zu misbrauchen.

Kein Wunder also, daß kein Kapitel der Schöpfungsgeschichte des Versailles Vertrages so planlos und verworren ist wie dieses. Es ist schlichthin chaotisch. Drei Kommissionen zum Studium der Reparationsfrage wurden am 25. Januar 1919 von der Friedenskonferenz alsbald nach ihrem Beginn eingesetzt:

1. über den Betrag, welchen die feindlichen Länder als Reparation zu bezahlen hätten.
2. Diesem zu beizufügen die in Frage stehende.
3. Durch welche Methoden und in welcher Form und innerhalb welcher Zeit die Bezahlung geleistet werden könne.

Keine von diesen drei Kommissionen ist zu einem Ergebnis gekommen, weil jede von ihnen durch den Gegensatz zwischen „Reparation“ und „Kriegsentschädigung“ hin- und hergeriert und schließlich lahmgelegt wurde. Die Amerikaner verteidigten die Position der Kankins-Zote. Und es wird immer zu den Verdiensten der amerikanischen Fachmänner gehören, daß ihr Vertreter Hughes sich am 19. Februar in feierlicher Form weigerte, sich zum Kompilieren eines Wortbuches machen zu lassen. Das war also das Datum der schlichten, Man sieht unverschiedene Dinge auseinander. In demselben Stil hat sich diese Streitfrage durch die ganze Konferenzdauer hindurchgeschleppt, bis schließlich die Politiker in dem Schema des Artikels 232 und seiner Anlagen zu einer Einigung durch eine Häufung von Ansprüchen gelangten, die sich von einer „Kriegsentschädigung“ kaum noch, höchstens durch den Mangel an Mut zum offenen Bekenntnis, unterschied. Der Engländer Keynes hat alsbald nach Abschluß der Konferenz einige Episoden aus diesem Verdreherverfahren in der Dunsellmanne der „Friedens“-Konferenz aus der Sicht der Öffentlichkeit gezogen, die entscheidenden Gout hat General Smuts durch seine pseudo-juristische Deckschrift geleistet, in der er den verwegenen Versuch unternahm, die Einbeziehung der Militärpersonen in die „Reparations“-Summe zu rechtfertigen. Dieses Ertösch gab den Anlaß zum „Anschlag“ des Präsidenten Wilson in der berühmten Sitzung der amerikanischen Delegation in der Bäckerei des Präsidenten, während der die amerikanischen Delegierten erklärten, daß keiner von ihnen in der Lage sei, sein Gutachten zugunsten des Einschließens von Personen abzugeben, denn die ganze Logik spräche dagegen. Worauf der Präsident in die Worte ausbrach: „Kogit! Kogit! Ich fahre mich den Kopf an die Wand, ich werde die Pensionen mit einschließen“. Mit dieser solcher Verdrückungskünste und Attos die zum Schluß wenigstens das Kunststück gelangen, in dem Schema des Artikels 232 die „Kriegsentschädigungs“-Ansprüche der Siegermächte unterzubringen, während nach außen hin vor den Augen der Welt trampfhaft die Fiktion aufrechterhalten wurde, als handle es sich nur um Reparationen. Dies Verdrückungsmanöver gelang dadurch, daß man in dem Artikel 232 Deutschland mit dem Schein der Korrektheit dazu verpflichtete, „die der Zivilbevölkerung jeder der alliierten und assoziierten Mächte zugefügten Schäden zu ersetzen“, woraus dann der harmlosen Schöpfung anhängte: „owie überhaupt alle Schäden, die in der Anlage I näher bezeichnet sind“. In dieser Anlage I aber war die eigentliche „Kriegsentschädigungs“-Rechnung enthalten!

Aber den entscheidenden Punkt aber — die Festlegung der eigentlichen Summe — gelang selbst auf der Konferenz keine Einigung. Diese allerhöchste Aufgabe hat die Konferenz der im Vertrag eingesetzten Reparationskommission als Erbe überlassen. Deutlicher konnte ihre innere Zweipeltätigkeit und der Bankrott ihrer Staatsmänner nicht unter Beweis gestellt werden.

Das alles ist eine Kette von moralischen Unfahigkeiten, juristischen Verdrückungen und offenen Verfassungen. Eine Kette von Verlogen gegen Treu und Glauben und geschriebenes Recht. Es ist darum eine verdienstvolle Aufgabe, der sich Professor Dr. Friedrich Raab in seiner soeben erschienenen Monographie „Deutschlands Recht zur Einstellung der Reparationen“ (Verlag F. Ehlermann, Dresden) unterzogen hat, in freier wissenschaftlicher Methodik die Rechtsgründe aus der Vorgeschichte und dem Wortlaut des Versailles Vertrages für die juristische Unhaltbarkeit der Reparationsbestimmungen in geschlossener Vollständigkeit zu entwickeln. Zwei Gesen hat er in die Spitze der Vorlesung gestellt. Die rechtliche Frage: „Deutschlands Recht zur Einstellung der Reparationen berechtigt.“ Und die politische These: „Es liegt im politischen Interesse Deutschlands, sein Recht zur Einstellung der Reparationen alsbald mit Nachdruck und mit allen geeigneten Mitteln geltend zu machen.“ Alle damit zusammenhängenden juristischen Fragen werden gründlich, scharfsinnig und mit zwingender Logik untersucht. Es ist zum erstenmal, daß dieser Versuch in so geschlossener Folgerichtigkeit unternommen wird. Auch auf den Dames-Plan und den Houny-Plan geht der Verfasser ein und führt den schließlichen Nachweis, daß auch die Vertragsbasis auf der diese beiden Pläne aufgebaut waren, von der Gegenseite durch ihre Prohibitivmaßnahmen in der Handelspolitik nicht innegehalten worden ist. Raab liefert damit eine scharfe Waffe für die geistige und politische internationale Auseinandersetzung und Vertretung der deutschen Sache in der Reparationsfrage. Einen ähnlichen Versuch, wenn auch nicht auf so ausgeprägter strenger juristischer Basis, unternimmt der bekannte Rechtsanwalt Professor Dr. Friedrich Grimm aus Essen, der während des Ruhrereignisses durch die Vertretung deutscher Angeklagter sich einen Namen gemacht hat, in seine „Zehn Jahre des Schmerzes“ (Hansische Verlagsgesellschaft, Hamburg). Er legt allerdings den Akzent mehr auf die allgemeine Geschichte der Reparationen vom Waffenstillstand an bis zum jetzigen Tag.



Es gibt nun einmal keinen überzeugenderen und durchschlagenderen Beweis für die innere Unmöglichkeit und Unhaltbarkeit der im Versailles Vertrag Deutschland auferlegten sogenannten Reparationsanforderungen nach dem Gesetz von Eren und Glauben im Rechtsleben als die eigene Geschichte der Forderung der „Reparationen“. Und das fälschliche Glauben für das fälschliche Gesetz der dafür verantwortlichen Staatsmänner ist die Tatsache, daß die heute die Welt für ihre Unterdrückung über dieses Anfangskapitel unserer eigenen Gegenwartsgeschichte auf gelegentliche Indispositionen angewiesen ist, weil die Protokolle der „Friedens“-Beratungen auch heute noch verschlüsselt und verschlossen in den Archiven der Konferenz ruhen.

Auch Lloyd George, der sich in seinem jüngst erschienenen Buch „Die Wahrheit über Reparationen und Kriegsschulden“ (Verlag für Kulturpolitik, Berlin) ziemlich freimütig über dieses Thema ausgesprochen hat, hat sich gerade über diese erste Etappe der Reparationsgeschichte weidlich ausgesprochen. Um so mehr ist ihm der Hinweis auf seine entscheidenden Punkte zu danken, nämlich darauf, daß durch die Nichtunterzeichnung des Versailles Vertrags durch die Vereinigten Staaten eine entscheidende Grundlage des vereinbarten und von Deutschland bereits unterschriebenen Vertrages dem ganzen Bauwerk entzogen wurde. Wurde doch dadurch der Charakter der Reparationskommission in ihrem inneren Kern getroffen. Denn nach der ursprünglichen Anlage sollte gerade dem amerikanischen Mitglied in dieser Kommission die verantwortungsvolle Aufgabe eines obersten Schiedsrichters zufallen. So aber wurde durch Amerikas Ausfall, gerade umgekehrt, der am stärksten interessierten Partei — Frankreich — der Präsidentenstuhl mit entscheidender Stimme zugefallen. „Das war nicht der Vertrag, den Deutschland unterzeichnet hatte.“ So schließt Lloyd George diesen Absatz seiner Ausführungen. „Dieses Urteil von Lloyd George ist eine der wertvollsten Ergänzungen für unsere moralische und juristische Argumentation in der Reparationsfrage.“

Die wirtschaftlichen Tatsachen sollten ja eigentlich allein für sich sprechen. Denn auch auf diesem Gebiet ist voll und ganz

das in Erfüllung gegangen, was vom ersten Augenblick an als unentrichtbare Kogit von verantwortungsbewußten Experten auf der gegnerischen Seite vorausgesetzt wurde. Was, nach Churchills Zeugnis, schon im November 1918 von der durch die britische Finanzverwaltung eingesetzten Expertenkommission erklärt wurde, die ihr Votum dahin abgab, daß von Deutschland nur sozial an Zahlungen erwartet werden könne, als die Zahlungsempfänger bereit seien, selbst an Warenlieferungen anzunehmen, und was Lloyd George dementsprechend in der britischen Kabinettsitzung vom 24. November auseinanderlegte. Auch Bonar Law, der Nachfolger Lloyd Georges, hat auf dieses eherne Tauschgesetz des Wirtschaftsvertrages schon während der Konferenz hingewiesen. Die Möglichkeit dieser unumstößlichen Wirtschaftswahrheit hat sich bitter gerächt. Denn die materielle Lage auf dem Gebiet der Reparationen ist heute nicht nur die, daß Deutschland nicht zahlen kann, sondern daß seine Zahlungen auch nicht angenommen werden können. Noch immer gibt es Kreise in der Welt, die sich gegen diese Erkenntnis wehren, weil sie ihnen bitter schmeckt. Man hat vierzehn Jahre hindurch nicht hören wollen. Jetzt muß man fühlen. Die Welt aber windet sich darüber unter Schmerzen. Man glaubt, teilweise noch auf seinem Schein bestehen zu können.

Demgegenüber gibt es kein kompetenteres Urteil als das von Lloyd George, des trotz seiner Bescheidenheit autoritativsten lebenden Interpreten des Versailles Diktates:

„Obwohl ich eine führende Rolle bei der Abfassung des Vertrages gespielt habe, beanspruche ich doch nicht das Recht, mit besonderer Autorität über seine Auslegung sprechen zu dürfen. Aber ich spreche es so deutlich aus, wie ich nur kann, daß es nach meiner Ansicht und unter den gegenwärtigen Umständen keine Verleugung der Heiligkeit des Versailles Vertrags bedeuten kann, wenn eine Vereinbarung mit dem Ziele zustandekommt, alle weiteren Reparationsforderungen an Deutschland zu freiden. Sie wäre im Gegenteil der richtigste Weg, um ihn zu erfüllen und ihn gerecht zu werden.“

Im ersten Juliheft 1928 veröffentlichten wir eine Zusammenfassung der Reichskabinette von Scheidemann (1919) bis Hermann Müller (1928); wir geben heute die Fortsetzung der Reihe:



# Erstes Kabinett Brüning

vom 1. 6. 1930 bis 6. 10. 1931

Reichskanzler: Dr. Brüning (Zentrum)  
Inneres: Dr. Wirth (Zentrum)  
Äußeres: Dr. Curtius (Deutsche Volkspartei) 6. 10. 1931 zurückgetreten  
Reichsfinanz: Dr. Meldebauer (DDP) Rücktritt 20. 6. 50

Reichsjustiz: Dr. Brodt (Wirtschaftspartei), Rücktritt 25. 11. 30  
Wirtschaft: Dietrich (Staatsp.)  
Reichswehr: Groener (parteil.)  
Reichspost: Dr. Schädel (Bayr. Volkspartei)  
Reichsarbeit: Dr. Stegerwald (Zentrum)

Reichsernährung: Schiele (Deutschnational)  
Reichsverkehr: v. Guéard (Zentrum)  
Besetzte Gebiete: Trevisanov (Volksernährung)

# Zweites Kabinett Brüning

vom 8. 10. 1931 bis 20. 5. 1932

Reichskanzler: Dr. Brüning (Zentrum)  
Inneres: Dr. Groener (parteilos)  
Äußeres: Dr. Brüning (Zentrum)  
Reichswehr: Dr. Groener (zurückgetreten am 12. 5. 1932 als Reichswehrminister)

Reichsfinanz: Dr. Dietrich (Staatspartei)  
Reichsarbeit: Stegerwald (Zentrum)  
Reichspost: Dr. Schädel (Bayr. Volkspartei)  
Reichsernährung: Dr. Schiele (parteilos)

Reichswirtschaft: Dr. Warmbold, parteilos (zurückgetreten am 8. 2. 32 durch Staatssekretär Trendelenburg parteilos)  
Reichsverkehr: Trevisanov (Volksernährung)  
Reichsjustiz: Dr. Joel (parteilos)



# Kabinett v. Papen

Amtsantritt: 2. 6. 1932

Reichskanzler: von Papen  
Äußeres: Frhr. von Neurath  
Inneres: Frhr. von Gayl  
Reichsfinanz: Graf Schwerin von Krosigk

Reichswirtschaft: Prof. Dr. Warmbold  
Reichswehr: von Schleicher  
Reichspost: und Reichsverkehr: Frhr. von Elb-Rübenach  
Reichsjustiz: Dr. Gürtner

Reichsernährung und Offizierskommissariat: Frhr. v. Braun  
Reichsarbeit: Schaeffer (am 7. 6. 32 ernannt)  
Staatssekretär in der Reichskanzlei: Pland  
Reichspresschef: Dr. Ritter von Kaufmann-Alfser

## Reichsinnenminister Freiherr von Sayl vor dem Reichsrat am 9. Juni 1932.

„Ich bin der Überzeugung, daß in diesen Zeiten des Kampfes um Sein oder Nichtsein die Frage der Staatsform, Republik oder Monarchie, keine Frage ist, die unsere Zeit, geschweige denn die gegenwärtige Reichsregierung zu lösen haben. Wir sind mit dem ganzen Volk heute so mit Lasten und Nöten schwerster Art beladen, daß wir erst versuchen müssen, dieser Bürden ledig zu werden, ehe wir überhaupt die Möglichkeit haben, uns mit der Staatsform zu befassen. Höher als die Form steht der Staat der Deutschen, den zu retten unsere einzige Pflicht ist.“

„Mit Unterstützung des ganzen Kabinetts und mit besonderer Freude und Liebe werde ich mich der Pflege des Deutschtums innerhalb und außerhalb der Grenzen des Reiches annehmen, soweit die allgemeine Finanzlage mich das im Augenblick gestattet. Auch an die Erhaltung des wirtschaftlichen und kulturellen Lebens unserer schwer getroffenen Grenzgebiete im Osten, Westen, Norden und Süden werde ich mit Eifer arbeiten, wie ich es bisher für meine engere Heimat getan habe, in dem Bewußtsein, daß die Erhaltung unserer Grenzgebiete eine Lebensnotwendigkeit für die Nation ist, die nur erfüllt werden kann, wenn die Sache dieser Gebiete Sache des ganzen deutschen Volkes ist und bleibt.“

## Reichsernährungsminister Freiherr von Braun vor dem Deutschen Landwirtschaftsrat am 11. Juni 1932.

„Nach der neuesten Verschuldungserhebung der Rentenbank-Kreditanstalt sind mehr als 12 Millionen Morgen landwirtschaftliche Nutzfläche zu mehr als 100 Prozent des Einheitswertes verschuldet. Vier Millionen Morgen haben eine Verschuldung zu verzeichnen, die über 150 Prozent des Einheitswertes beträgt. Die Tatsache, daß von diesen vier Millionen Morgen 1,8 Millionen auf Westdeutschland entfielen, beweist, daß im ganzen Reich alle Betriebsformen und alle Größenklassen auf das schwerste unter der Agrarkrise leiden. Seit zwei Jahren ist auch zu beobachten, daß in Westdeutschland, wo die bäuerliche Struktur durchweg vorherrscht, die Verschuldung schneller zunimmt als im Osten. Nach den neuesten Durchführungsergebnissen des Deutschen Landwirtschaftsrates ist nur noch etwa ein Drittel aller landwirtschaftlichen Betriebe in der Lage, die Zinsen aus den Reinerträgen zu bezahlen. In allen anderen Fällen werden die Zinszahlungen auf Kosten der Substanz vorgenommen.“

Wesentlich für die Ursachen der Verlustwirtschaft in der ganzen Nachkriegszeit ist die kassende Preisschere, das Mißverhältnis zwischen den Produktionskosten und den Einnahmen. Die Preisrische hatte sich in den letzten Jahren zwar etwas verringert, jedoch wirkt sie auch in ihrer jetzigen Höhe noch für die Landwirtschaft vernichtend. Die Spanne zwischen den Produktionskosten, die gegenwärtig bei 123 stehen, und einem Agrarindex von 93,4 im Mai 1932 beträgt gegenwärtig rund 30 Punkte. Eines der Ziele der Agrarpolitik muß demnach die Schließung dieser Preisschere sein. Mit speziellen Agrarmassnahmen allein ist das nicht möglich. Insbesondere hängt die Beeinflussung der industriellen Produktionskosten in stärkestem Maße zusammen mit den Gesamtfragen unserer Wirtschaftspolitik.

Auf den Märkten für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse macht sich durchweg die Verarmung unserer Bevölkerung bemerkbar. Infolge Kaufkraftverminderung hatten wir zu verzeichnen eine Bedarfsverminderung bei Weizen um mindestens 10 v. H., bei Milch um etwa 10 v. H., bei Butter um 5 v. H., bei Zucker um 13—18 v. H., bei Bier um 40 v. H. und bei Brauntwein sogar um 75 v. H. Beim Fleisch konnte ein Konsumrückgang nur durch den ungeheuren Liefstaud der Fleischpreise vermieden werden. Somit wird das Arbeitslosenproblem in hohem Maße auch ein agrarisches Problem — eine Abfragefrage, wenn es auch zunächst als eine Angelegenheit von rein städtischem Charakter erscheint, denn von den rund 6 Millionen Arbeitslosen entfielen im vergangenen Winter nur 300 000 auf die Landwirtschaft und 5,7 Millionen auf die Städte. Der städtische Arbeiter ist aber auch unmittelbar abhängig von der Kaufkraft des Landwirts, von der Stärkung des Binnenmarktes, weil davon die Arbeitsmöglichkeit unserer Industrie abhängt. Städtischer Konsument und landwirtschaftlicher Produzent bilden eine Interessengemeinschaft auf Gedeih und Verderb.“

## Die kommunale Finanzwirtschaft

Von Dr. Otto Wendt, Beigeordneter des Deutschen Städtetags

Im Rahmen der deutschen öffentlichen Verwaltung sind die Gemeinden am unmittelbarsten der Erfüllung öffentlicher Aufgaben beteiligt. Kraft der Universalität ihrer Zuständigkeit, die weit über das Maß derjenigen Betätigung hinausgeht, die im allgemeinen den Gemeinden in anderen Staaten eingeräumt ist, haben sie einen überaus weitgezogenen Aufgabenkreis. Diese Aufgaben sind im wesentlichen Wohlfahrts- und Gesundheitswesen (Armenfürsorge, Krankenhäuser usw.), Bildungs- und Schulwesen, Straßenbau- und Wohnungswesen, Verorgung der Bevölkerung mit Wasser, Gas, Elektrizität und Verkehrsdienstleistungen. Die Gemeinden haben überall dort verwaltend und helfend einzugreifen, wo seine besonders gefühlige Verpflichtung für Reich oder Länder besteht. Dies hat sich in den letzten Jahren insbesondere bei der Erwerbslosenbetreuung bemerkbar gemacht, da alle nicht von der Arbeitslosenversicherung oder der Krankenfürsorge betreuten Arbeitslosen — namentlich langfristige Arbeitslose — von den Gemeinden erhalten werden müssen. Auf dem Gebiet der Erwerbslosenfürsorge ist den Gemeinden so während der Krise in wenigen Jahren ein gewaltiges neues Arbeitsgebiet entstanden, das ihre gegenwärtige Finanzlage auf schwerste beeinträchtigt. Nach dem Stande des Rechnungsjahres 1931 betragen die Ausgaben der Gemeinden und Gemeindeverbände rund 7 Milliarden RM. oder rund 50 v. H. des gesamten öffentlichen Finanzbedarfs (ohne Kriegslasten und Wehrmacht).

Der durch Steuern zu deckende Bedarf der Gemeinden verteilte sich im Rechnungsjahr 1931 auf die wichtigsten Aufgabengebiete wie folgt:

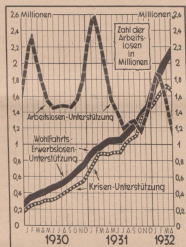
Wohlfahrtswesen	46,0 v. H.
Schul- und Bildungswesen	17,5 v. H.
Straßenbau	10,2 v. H.
Wohnungsbaue	4,7 v. H.
Übrige Ausgaben	21,6 v. H.

Neben dem Schulwesen, dem Straßen- und Wohnungsbaue steht — bei weitem an erster Stelle — das Wohlfahrtswesen. Dieses beanspruchte 1931 46 v. H. des Gemeindeausgabenbedarfs. Mittlerweile sind durch das weitere Ansteigen der Erwerbslosenlöhne und die Einkinderhaltung der übrigen Ausgaben die Kosten der Wohlfahrts- und der Erwerbslosenlöhne auf mehr als 50 v. H. des gemeindlichen Ausgabenbedarfs angewachsen.

Die beispiellose Steigerung der Ausgaben der Gemeinden für das Wohlfahrtswesen hat zwei Gründe: die Verarmung weitestverbreiteter Bevölkerungsschichten durch den Krieg und insbesondere durch die Inflation, die das Vermögen des einzelnen völlig vernichtet hat und ihn der öffentlichen Fürsorge zur Last legt. Der zweite noch entscheidendere Grund für die Wohlfahrtsbelastung der Gemeinden ist die ständige Zunahme der langfristigen Erwerbslosen, für die sie allein einzustehen haben.

Zahl der Erwerbslosen in gemeindlicher Fürsorge am Ende des Rechnungsjahres	Gemeindliche Erwerbslosenlasten im Rechnungsjahr in Millionen RM.	
1929	430 000	270
1930	1 027 000	605
1931	2 120 000	1 115
31. 5. 1932	2 250 000	1 550 (im ganzen Rechnungsjahr 1932)

## Die Dreiteilung der Arbeitslosen



Erwerbslosen mit durchschnittlich einer Mark täglich ihren gesamten Lebensbedarf für sich und ihre Familie einschließlich Wohnungsnebenkosten decken müssen, können auch dieses Mittel von den Gemeinden wegen des gewaltigen Arbeitslosenheeres nicht mehr aufgebracht werden.

Die finanzielle Lage der Gemeinden und die Sorge um die Aufbringung der Erwerbslosenunterstützungen ist deswegen so besonders erschwert, weil gleichzeitig mit den steigenden Erwerbslosenlasten die Steuereinnahmen und die Erträge des Erwerbsvermögens (Versorgungs- und Verkehrsnetze) bedrohlich zurückgegangen sind. Bei einer Zunahme der Erwerbslosenlasten um rund 1,25 Milliarden gegenüber 1929 sind die Steuereinnahmen gleichzeitig um den gewaltigen Betrag von rund 1,5 Milliarden zurückgegangen, so daß sich der finanzielle Status wesentlich um etwa 2,5 Milliarden verschlechtert hat. Die Steuereinnahmen betragen in Millionen RM.: im Rechnungsjahr 1929 4340, davon Reichsüberweisungssteuern 1600; im Rechnungsjahr 1932 voraussichtlich 2050, davon Reichsüberweisungssteuern 980.

Dieser Steuerrückgang ist eingetreten, obwohl die den Gemeinden neu eröffneten Klosetteuern (Bürgersteuer, Gemeindeabfallsteuer, Getränkesteuer) vollkommen ausgeglichen wurden. Die Zunahme der Erwerbslosenlasten bei gleichzeitigem katastrophalen Rückgang der Steuereinnahmen zeigt deutlich, in welche unheilvolle Situation die Gemeinden hineingekommen sind. Den Erwerbslosenlasten, die den Gemeinden durch die Gefährdung des Reichs aufgehoben worden sind, stehen an Reichsüberweisungssteuern von Jahr zu Jahr abfallende Einnahmen gegenüber. Das Verhältnis zwischen Erwerbslosenlasten und Reichsüberweisungssteuern entwickelte sich seit 1929 in ungünstiger Weise wie folgt:

Die den Gemeinden zur Last fallenden Erwerbslosenlasten sind meist langfristig arbeitslos sind die wichtigste Erwerbslosenlasten überhaupt geworden.

Die Zahl der unterfertigten Erwerbslosen betrug im Mai 1932 in Arbeitslosenunterstützung 1 140 000 = 23 v. H., Krisenunterstützung 1 635 000 = 53 v. H., Gemeindefürsorge rund 2 225 000 = 44 v. H.

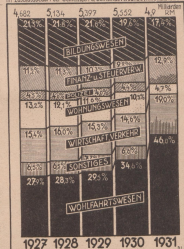
Die Gemeinden werden in kürzester Zeit mehr als die Hälfte der gesamten Erwerbslosenlasten im Reich zu tragen haben. Obwohl die Unterfertigungsrate schon auf den denkbar niedrigen Satz herabgeschraubt wurden und heute die

Gemeindliche Erwerbslosenlasten in v. H. der Reichsüberweisungssteuern: 1929 16,3, 1930 41,4, 1931 105,0, 1932 156,6.

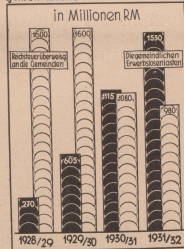
Die Gemeinden haben der Erschütterung ihrer Haushalte durch steigende Wohlfahrtslasten und Steuerrückgänge durch einen einschneidenden Ausgabenabbau vorzugehen verführt. Auf Empfehlung des Städtetages sind zur Abdeckung der entstehenden Geldeinlagen in den Städten auf allen Verwaltungsbereichen Ausgabenabfälle und Ersparnisse vorgenommen worden, die durch einen Anteilssatz von 35 v. H. an gesamten kommunalen Finanzbedarf ohne Wohlfahrtslasten erkennen lassen, wie außerordentlich hart der Gemeindefürsorge die Wille zur Selbsthilfe gebietet ist.

## Das Ansteigen der Wohlfahrtslasten

(in Zuschussbedarf der Gemeinden an Gemeindeverbände (ohne Hauswirtschaft))



## Reichsteuerverweisungen und gemeindliche Erwerbslosenlasten



Bei der gegenwärtigen reduzierten Ausgabenhöhe spielt der Schuldendienst wegen seiner hohen Größe eine viel ausschlaggebendere Rolle als zu Zeiten normaler Finanzwirtschaft. Die Gemeinden haben trotz der schweren Belastungen ihren Schuldendienst insbesondere gegenüber dem Ausland laufend erfüllt, und sie werden ihn weiter tragen, wenn ihnen im Wohlfahrtsbereich die dringend geforderte Entlastung zuteil wird. Betrachtet man die Gemeinden in ihrer Gesamtheit, so muß es als unglücklich bezeichnet werden, wenn des öfteren behauptet wird, daß sich die deutschen Kommunen bei ihrer Kreditwirtschaft übernahmen hätten. Gewiss ist das Tempo der Verschuldung seit 1924 stärker als sonst gewesen, das hängt aber damit zusammen, daß in dieser Zeit von den Städten auf allen Gebieten die Veräußerung von zehn Kriegs- und Nachkriegsschulden nachgeholt werden mußten. Gegenüber dem Ausland sind die Ge-

meinden nur mit dem relativ geringen Betrag von 700 Mill. RM. verschuldet, von denen 650 Mill. RM. langfristig und nur 50 Mill. Reichsmark kurzfristig aufgenommen wurden; demgegenüber betragt die Gesamtverschuldung der Gemeinden etwa 10 Milliarden RM. Die auslandischen Geldmittel sind ausschlielich dem Ausbau oder der Erneuerung der kommunalen Werke, insbesondere der Versorgungsbetriebe und der Verkehrsunternehmungen, zugeflossen, haben also eine produktive und rentierliche Verwendung gefunden. Durch die amtliche Schuldentatistik des Reichs sind 95 v. H. der Auslandskredite als den Werken und Betrieben zugeflossen nachgewiesen worden. Auch die inlandische Schuldenaufnahme hat, in der Gesamtheit gesehen, nur lebensnotwendigen Aufgaben, insbesondere dem Kleinwohnungsbau, dem Strafenbau, dem Grundbesitzwesen, der Kanalisation, der Schulverwaltung, dem Wohlfahrtswesen (6 v. H.) und den Versorgungs- und Verkehrsbetrieben (20 v. H.), gedient. Fur nicht dringende Aufwendungen („Kursausgaben“) sind in der Vergangenheit nur verschwindend geringe Betrage ausgegeben worden, sie machen insgesamt nicht viel mehr als 1 v. H. der gesamten kommunalen Investitionen aus und sind dazu in einer Zeit gemacht, in der man an derartige Dinge weithergehe Mahfabe anzulegen pflegte.

Die Hohen der Wohlfahrtslasten gibt heute dem Gemeindehaushalt das Gesicht. Ohne die Kassen der Erwerbslosenfurjorge waren die kommunalen Etats heute vollkommen gesund und ausgeglichen. Solange jedoch die Wohlfahrtsausgaben keine Verminderung erfahren, verhindern sie die ordnungsgemafte Aufstellung der Etats und bedrohen entscheidend die laufende Weiterfuhung der bisher noch aufrechterhaltenen Zahlungen. Die Gemeinden stehen wegen der Regelung dieser Lebensfrage mit der Reichsregierung in enger Fuhlung. Aber eine Reform der gesamten Arbeitslosenhilfe durch einheitliche Betreuung der Erwerbslosen bei den Gemeinden bei wesentlicher Beteiligung des Reichs an den Gesamtkosten muB eine fuhlbare Entlastung der Kommunalfinanzen veranlassen werden. Allein durch eine solche Mahnahme konnten die gemeindlichen Haushalte wieder zum Ausgleich gebracht und die Gemeinden instand gesetzt werden, ihre laufenden Verpflichtungen normal zu erfullen.

## Traurige Gedenktage

Von Pralat Mihka, M. D. A.

Die Frühlingsmorgentage des Jahres 1922 waren Tage von hoher Bedeutung fur unsere oberschlesische Heimat. Jetzt lahren sie sich zum zehntenmal. Es waren Tage der Erlösung. Von den Gedebunden, die der interalliierten Kommission als Sig dienten, wurden die fremdstatlichen Flaggen heruntergeholt und an ihrer Stelle die deutschen Hohenzeichen emporgezogen. Das bedeutete das Ende einer Zeit schwerer Leiden und Opfer, der Enttiedigung und langer Erwartung fur das schwergeprüfte Gebiet; das Ende politischer Kämpfe und blutiger Aufstände. Die interalliierte Kommission war nach Oberschlesien gekommen, um eine freie unbeeintrachtigte Abstimmung der Bevölkerung über ihr Schicksal zu sichern und Frieden und Ordnung im Lande aufrechtzuerhalten. Sie hat ihre Aufgabe nicht erfüllt. Die Beginnung der polnischen Propaganda durch die französischen Mitglieder der Kommission war offensichtlich; auch an dem Schutz der deutschgesinnten Bevölkerung gegen die Gewalttaten polnischer Truppen hat es in bedenklicher Weise gefehlt. In der Tat lassen ja die französischen Besatzungstruppen haben sie geradezu begünstigt. Der Abzug der interalliierten Kommission und ihrer Truppen wurde daher als Erlösung empfunden.

Es waren aber auch Tage tiefster Schmerzes und tiefer Trauer. Während über dem deutschverbliebenen Gebiet die deutsche Flagge gehisst wurde, senkten sich die Grenzschlagbäume mitten durch unser Oberschlesien. Der Genfer Spruch, der die Teilung des Oberschlesiens ausgesprochen hatte, wurde furdtbar Wirklichkeit. Ein in Jahrhunderten gewachsener Wirtschaftsorganismus wurde zerrissen, eine trotz Verdröhnheit der Mutterprache eng verbundene Volksgemeinschaft wurde gelöst, hundertaufenden Volksgenossen wurde die Heimat zur Fremde. Die schmerzlichen Abschiedskunde wurden für die in den deutschen Mutterlande Verbleibenden. Im Reichstage erhielten zum letzten Male die Volkswortreter des abgetrennten Gebietes. Erfregende Abschiedsworte wurden ausgetauscht. Der Führer der deutschen Delegation bei den Verhand-

lungen über die oberschlesische Frage in Genf, Reichsminister a. D. Schiffer, rief den Scheidenden die Worte zu:

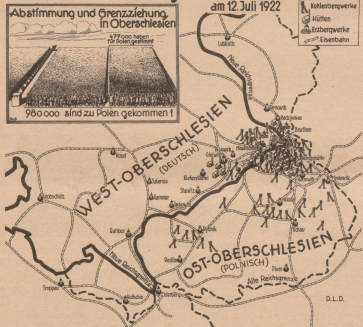
„Erfüllt eure staatsbürgerlichen Pflichten bei der polnischen Regierung. Unbeschadet dieser Pflicht könnt ihr euer deutsches Leben weiterführen nicht nur in wirtschaftlicher, sondern auch in kultureller und ideeller Hinsicht. Arbeitet weiter, aber bleibt auch im fremden Lande gute Deutsche!“

Die Antwort darauf gab tiefbewegt im Namen der Deutschen des abgetrennten Gebietes Abgeordneter Scharlat Szyjowski: „Im Namen der Deutschen Oberschlesiens habe ich Ihnen einige Worte des Abschieds zu sagen. Wir haben aus Vaterlands-



## Die ZerreiBung Oberschlesiens

am 12. Juli 1922



Dem Sprecher in besonderer Freundschaft verbundenen, widmete auch ich den Scheidenden ein Abschiedswort. Ich zeichnete den Genfer Spruch mit folgenden Worten:

„Die Entscheidung über Oberschlesien ist und bleibt juristisch ein Rechtsbruch, politisch eine Corbett, wirtschaftlich ein Verbrechen.“ Die Richtigkeit dieses Urteils wurde bekräftigt durch

die spontan kommende Zustimmung des Reichstagsplenums. Sie ist vor allem bekräftigt durch die Enttiedigung, die Oberschlesien infolge der fehlentscheidung genommen hat und auf die wir heute, zehn Jahre nach dem Spruch von Genf, zurückblicken. Der Spruch von Genf ist ein offenes Unrecht. Es war von vornherein ein Unrecht, die staatliche Zugehörigkeit Oberschlesiens überhaupt in Frage zu stellen. Die Abstimmung ist unter Umständen konstatieren gegangen, die eine freie unbeeintrachtigte Entscheidung



der Bevölkerung verhindert haben. Vor allem ist die Auswertung des Abstammungsergebnisses nicht objektiv und im Gegensatz zu den von den verantwortlichen Mächten selbst aufgestellten Bestimmungen erfolgt. Das Zeugnis des an Oberschlesien bezeugenen Rechtsbundes hat sich bis heute ungeschwächt erhalten, in die Hände gewachsen und wird niemals erschöpfen.

Politisch war der Spruch von Genuß eine Lethargie. Die an ihm beteiligten Mächte hatten geglaubt — sie hätten das wenigstens vorgegeben —, durch die Entscheidung dem Frieden unter den Völkern zu dienen. Dieser Glaube hat sich als Wahn erwiesen. Außer kann nie die Grundfrage wahren Friedens werden, für ein freundnachbarliches und geistliches Verhalten zwischen Deutschland und Polen wird die unermesslich erfolgte Kastration unumkehrbar. Die deutsche Nation wird als Hindernis im Wege stehen. Der geschaffene Zustand wird ein Feind des Friedens bleiben, nicht bloß für die nachbeteiligten Staaten und Völker, sondern bei der engen Verflechtung der Völker untereinander auch für ganz Europa und darüber hinaus. Das sagt nicht bloß der an der Befriedung der Völker interessierte Deutsche, sondern das ist auch die Auffassung einseitiger und unbefangener urteilender Politiker aus anderen Völkern. Man hat das Wort vom „Eisack-Erhängen im Osten“ geprägt.

Wirtschaftlich war die Zerreißen Oberschlesiens und die Loslösung eines Teiles von Deutschland ein Verbrechen. Sie bedeutet für das deutsche Volk eine Verletzung des Friedens. Die deutsche Grenze geht sogar durch einzelne wirtschaftliche Betriebe. Der Lebensabend der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse, unter denen die voneinander getrennten Teile derselben Unternehmungen bestehen müssen, verhindert eine fruchtbare Bewirtschaftung. Millionen deutscher Geldes gehen dabei verloren. Die Schwierigkeiten, in welche große industrielle Unternehmungen in Deutsch-Oberschlesien geraten sind, sind nicht zuletzt auf diese unhaltbaren Zustände zurückzuführen. Aber auch für das polnische Volk

Oberschlesien wirkt sich die Zerreißen Oberschlesiens unheilvoll aus. Die wirtschaftliche Lage dieses Gebietes ist trostlos. Große Werte, die Polen so leidenschaftlich begehrt, liegen heute still. Die Arbeitslosigkeit ist erschreckend. Das vor der unheilvollen Entscheidung von uns immer wieder herangezogen, aber nicht beachtet wurde, ist jetzt durch die Erfahrung von zehn Jahren furchtbar klar, bittere Erkenntnis geworden. Oberschlesien war dank des günstigen Ausganges zwischen Agrarwirtschaft und Industrie, zwischen Produktion und Absatz eine glückliche wirtschaftliche Einheit. Diese Einheit ist zerfallen, und die getrennten Teile können für sich nicht lebensfähig werden.

Das Bild, das Oberschlesien zehn Jahre nach der Entscheidung von Genuß bietet, ist traurig. Wir haben es nicht anders erwartet. Die aber, welche sich von dem Anschein an Polen Gewinn und Glück versprochen, sind bitter enttäuscht. Wenn heute nach dem gemachten Erfahrungen eine Volksabstimmung stattfinden, so würde es ein Ergebnis bringen, das, am 20. März 1921 geistigt, die Entente-mächte gezwungen haben würde, Oberschlesien angeteilt bei Deutschland zu lassen. Das abgetrennte Oberschlesien fühlt es immer mehr, daß es lediglich Ausbeutungssubjekt für Polen ist. Der Oberschlesier, auch der, der sich zum Polentum bekennt, wird vom Galizier und Kongolese immer mehr verdrängt, hat in seinem eigenen Lande nichts zu sagen, ist in seiner Heimat fremd geworden. Man kann sich vorstellen, wie unglücklich unter solchen Verhältnissen er bei der Oberschlesier ist, der bei aller Loyalität gegenüber dem polnischen Staat seinem deutschen Volkstum treu geblieben ist. Material unterdrückt, trotz Minderheitsstatus in seinem Volkstum gebremst und verachtet, ist er in seiner Heimat ein Verbannter.

Trübe ist die Gegenwart, dunkel die Zukunft. Unser Trost ist das Vertrauen auf die ewige Gerechtigkeit, die einmal gegen uns über das unserer Heimat angetane Unrecht. Woher die Rettung kommen wird, wissen wir nicht; sie wird aber kommen. Das ist unsere Hoffnung, zu deren Erfüllung wir hüben und drüben alles tun müssen, was in unseren Kräften steht.

## Wettbewerb Reichsehrenmal

Von Reichsbauminister Dr. Edwin Reubsch

Wie die Gräber der im Weltkrieg gefallenen Deutschen rund um das Land als ein heiliger Ring gezogen sind, bedeuten sie in sich ein Sinnbild ruhmvoll über die Grenzen getragenen Abwehrkampfes. Diese Lage unserer Gräber ist durchaus einzigartig, die Beziehung auf sie muß bei der Lösung des Reichsehrenmals ein Hauptmotiv bilden.

Gemüht die als Ehrenmal Preußens umgestaltete Wache Unter den Eichen in Berlin? Schintal hat sie nach den Freiheitskriegen errichtet, einem Kampf schaffend, in dessen Formensprache sich das Vereinen der Zeit und die Staatsgewinnung seines Landes vereinigten. Aber der Bau ist — damals wie jetzt — ganz auf Preußen bezogen. So wehrhafte Tessenau die Umgestaltung gelöst hat, inmitten der Hall der Großstadt auf Ruhe und räumliche Begrenzung bedacht: die Beziehung auf den heiligen Ring der Gräber flingt nicht an. Und auch die Verbindung mit ganz Deutschland spüren wir nicht. — Wohl kann man das Ehrenmal in München als die beste Lösung einer ganz aus unserer Zeit entstehenden Kriegergedenk anseht; aber gerade in der volkstümlichen Eigenart der Lösung, die Knappe und Hiesige geliebt, bleibt es süddeutsch.

Es fehlt bei aller Bedeutung dieser beiden Monumente noch immer das Mal, das dem gesamten deutschen Volk und seinen Toten gilt. Gerade die architektonische Auffassung der Aufgabe in Berlin und die plastische Auffassung in München haben für das Reichsehrenmal das landschaftlich-naturschöne Motiv und somit den Gedanken der Errichtung des Ehrenmals in Form eines Haines verflücht aufheben lassen.

So hat sich, anfangs viel umstritten, der Weg zum Reichsehrenmal klar herausgebildet, und so wurde mit Abschluß des vorbereitenden Wettbewerbs der erste wichtige Etappe erreicht. 1922 Entwürfe sind als Ergebnis dieses Preisausschreibens der Stiftung Reichsehrenmal eingegangen. Da erst zwei oder drei Kün-

stler sich zusammengetan haben, bedeutet dies, daß etwa 4000 deutsche Künstler, unter denen freilich auch eine Zahl kein erkennbares, der Aufgabe ihre Kräfte gewidmet haben. Die eingesandten Pläne beanspruchen in ihrer Ausgestaltung im Landesausstellungsgebäude am Köpfer Bahnhof fast 5000 laufende Meter Wandfläche, wozu noch etwa 400 Modelle kommen.

Das Preisgericht hat der Prüfung der Entwürfe zwölf Tage gewidmet. Aus der Fülle der Einsendungen wurden zunächst 161 zur engeren, danach 55 zur engsten Wahl gestellt. Dann wurden 20 Preisträger ausgewählt, die, entsprechend den Bestimmungen des Ausschreibens, nimmere in engerer Konkurrenz arbeiten werden. Weiter aber empfahl das Preisgericht, nach 20 in engste Wahl gestellte Entwürfe mit Anerkennungsspreisen zu versehen.

Die Beteiligten hatten sich mit einem reissollen, aber nicht leicht zu gehaltenden Gelände abgefunden. Der gewählte Hang erhebt sich über dem Schnittpunkt von drei Ecken, die, ebenso wie ein vierter Zugangsweg aus der Höhe, schon von einer gewöhnlichen Entfernung aus einen Überblick über die Anlage ermöglichen. Die Ecken trennen sich danach, in zwei entgegengesetzte, gegenwärtigste oder monumentalfeste Motive ihre Gestaltung finden. Zwei architektonische Lösungen sind fester, da sie dem Ausschreiben widersprechen. Zahlreich ist dafür der Vorschlag von Ecken, die sich aber nur in wenig Fällen als das beherrschende Motiv gebot, sollen vielmehr entweder unten in der Tiefe als Ziel der Blickrichtung für die Zugangsweg aufgestellt werden, oder sie kennzeichnen die Höhe vor dem Eintritt in den Wald, oder sie sind, wie bei dem preisgekrönten Entwurf des Gartenarchitekten Heinz Hübner, Wiesbaden, auf den drei Haupterhebungen in einem rund um die Mitte des Tales gezogenen Ring gebot.

In gewissem Sinne hängt auch die Errichtung von fünf, die Kriegsjahre vorstellenden, hohen Mästeinen, wie sie der Entwurf



Entwurf: B. und J. Reuber, Berlin

\* Die Wahl der Abbildungen bedeutet keine persönliche Stellungnahme für einen der Entwürfe. Die Ergänzung wird auf zwei Abhängigkeiten beruhen, die gleichfalls Preisrichter des Wettbewerbs zu Dresden haben: Eilert im Juni 1922 der „Baugewerk“ und Rempe in dem Ende Juni erscheinenden Heft der „Gartenwelt“.

des Architekten Winand und des Bildhauers Zeppenfeld, Hamburg, bringt, mit der Turnidee zusammen, ebenso wie in einigen Fällen der Vorschlag der Errichtung eines die Landschaft überragenden Kreuzes.

Vielfach ist bei dem Turnmotiv die Glocke besondere Bedeutung beigemessen. Der Entwurf, den der Stuttgarter Bildhauer Alfert Janssen zusammen mit dem Architekten Heing Weigel vorgelegt hat, läßt die Glocke etwa jede Minute anschlagen, entsprechend der Berechnung, daß während der Dauer des Weltkrieges auf diese Zeit je einalter zu zählen ist. — Andere bringen die Anregung, daß das Glockengeläut aus dem Ehrenhain zu bestimmten Zeiten überall in Deutschland durch Rundfunk übertragen wird. Sie können sich dabei auf den tiefen Eindruck berufen, den das Klängen der Glocken der Stadt Köln in der Befreiungsnacht vermittelt hat.

Einige Projekte hängen eine Glocke in einen aus großen Steinblöcken gestalteten Raum, dem Allerheiligen auf, darunter auch der preisgezeichnete Entwurf des Münchener Architekten Pfeiffer-Haardt, wobei für diesen Gedanken der bekannte Glockengießer Schilling, Alpbach, verantwortlich zeichnet.

In Zusammenhang mit solchen Lösungen steht die Gestaltung des Allerheiligen als monumentales geschichtliches Mal. So der Entwurf des Münchener Künstlers Wolfgang Vogl (Architekt), Walter von Ruttschke (Bildhauer), Ludwig Schmitz (Gartenarchitekt), der den Schnittpunkt der drei Täler zur Mitte der Anlage macht.

Diese Entwürfe gestalten mit architektonischen Mitteln ein abgegrenztes Heiligtum als Hauptziel der Anlage. Wilhelm Kreis-Dresden schafft einen heiligen Bezirk, der vertieft in der Erde liegt.

Solche auf Verbindung von Architektur und Landschaft ausgehende, ihrer Bedeutung nach im Sinne des Städtebaues zu wertende Motive flingen auch in der architektonischen Gestaltung der Weißballe an, wie Ernst Janssen, Köln, sie vorschlägt. In wenig Entwürfen ist die organische Gliederung des Ganzen und die Hervorhebung der Hauptpunkte so glücklich gelöst.

Der Rundbau der Duisburger Architekten Wieden, Bräunlicher und Holborn, der eine Steinhalle vorschlägt, ist in der klaren Betonung des architektonischen Motivs als beachtenswert zu nennen.

Einige Vorschläge stellen sich das Allerheilige trichterförmig vor, in Erinnerung an den Granatrichter des Krieges.

Andere wieder geben dem Monument, das als Ziel der Anlage gedacht ist, die Form eines Stahlhelms, von ungeheuren Ausmaßen. Zwei Entwürfe gestalten den Mittelbau sogar als Kugel.

Eine Fülle von Entwürfen stellt das plastische Motiv in den Vordergrund. Vielfach erscheint der Gelände, wobei mitunter Anklänge an das erwähnte Münchener Denkmal zu spüren sind. Zwei Verfasser denken sich den aufgebauerten Feldgraben hoch über die Hügelandschaft des Heimes erhoben, so daß der Berg zum Podest einer ungeheuren Plastik wird. Es fehlt auch nicht an Wälfen und mehr oder minder phantasievoller Verwendung bildnerischer Allegorie.

Das Motiv des stehenden Soldaten ist mehrfach vertreten, einmal in spürbarer Beziehung zum kühnen Kriegerriedhof. Ein Motiv, das andere im Anknüpfen an nordische und altgermanische Vorstellung mit einzelnen Märfen bilden, ist hier in kühnem Wurf plastisch gestaltet worden.

Dem Preisgericht schienen von besonderem Wert eine Reihe von Vorschlägen, welche die Plastik in einem bloßartigen, in der Landschaft sich groß behauptenden Motiv zeigen. Hier ist der Entwurf des Wiesbadener Künstlers zu nennen, der einen mächtigen Block in der Richtung der Täler auf halber Bergeshöhe vorschlägt. Die untere Hälfte dieses Blockes wird von einem in das Gelände ein-

gefügten Figurenfries gebildet, darin das deutsche Volk in der Gemeinamkeit seines Ringens und seines Lebens dargestellt werden soll. Für die bildnerische Arbeit zeichnet der Wiesbadener Bildhauer Wilhelm Bierbrauer. Die als Architektur und Gartenarchitektur Beteiligten: Rudolf Beer und Herbert Kiste, haben dann noch einen weiteren Vorschlag eingebracht, der ein großes Kreuz darstellt, auf dem als Maßstab viele kleine Kreuze angebracht sind: eine Beziehung des im Ehrenhain errichteten Sinnbildes auf die zwei Millionen Gräber deutscher Soldaten.

Die Kreuzeide gibt auch zwei von Dresdener Künstlern eingereichten Entwürfen das Hauptmotiv: sowohl dem Vorschlag Englers, der das Mal aus vier sich lassenden, an den Ecken und Pfeilern gestützten Kreuzen bildet, wie dem Vorschlag der Architekten Feitner, Wünsch und Kampard, welche große Blöcke mit Eisen in Kreuzesform umflammen und so ein eindringliches Sinnbild schaffen.

Unter den mit Anerkennungspreis ausgezeichneten Entwürfen befindet sich eine ergreifende Plastik, die in bereicherter Aufnahme an die Darstellung der Begegnung in der christlichen Kunst die Klage der Kameraden um den Gefallenen darstellt. In dem Gestalten flingt die Erinnerung an Barlach'sche Motive an (Bildhauer Rudolf Wülfel, Berlin). — Neben das architektonische und plastische Motiv tritt von besonderer Betonung das gartenkünstlerische.

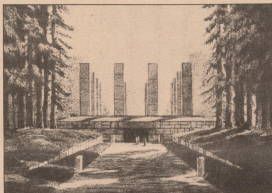
Die schon erwähnten Vorschläge von Kreis und Janssen sind unter diesem Gesichtspunkt nochmals zu nennen. Kreis schafft in breiter Anlage, die er allerdings an eine andere Stelle des Tales rückt, als es im Preisausschreiben vorgehoben war, einen heil betonten Aufstieg, dessen Ziel er durch ein aus drei Kreuzen zusammengefügtes Tor kennzeichnet: von da führt er einen Weg in das Waldgebiet zum Kultramm der Anlage.

Janssen und Weigel-Stuttgart bringen in ihrem Entwurf ein gutes Beispiel einer einsichtsvollen, ganz aus der Natur heraus entwickelten Anlage.

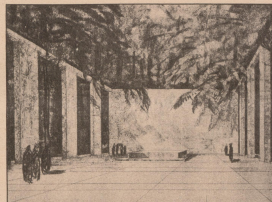
Unter den betont gartenkünstlerischen Entwürfen steht der Vorschlag Baeders, Sirenbogen und Sier (Kassel) einen besonderen Wert, indem er eine ringsförmig um den heiligen Bezirk geschlossene, in ihrer Symmetrie wirkende Anlage schafft.

Prinzipiell trennen sich die Vorschläge zur Geländegestaltung in zwei Hauptgruppen: die einen bringen eine klararchitektonische Formung, wie Kreis — die anderen eine frei dem Gelände angepaßte Gestaltung, wie der Entwurf der Brüder Krüger, der genannten Stuttgarter Künstler und der Berliner Hans Schellhorn und Paul Ludwig Schulze. In großer Kurve, die an den Berg geleitet ist, wird hier die Höhe gewonnen und wirkungsvoll betont.

Ein seines Gefühl für die Erhaltung der landschaftlichen Gegebenheiten zeigt auch der Entwurf von Alfred Priesel, Halle. Der Künstler frönt den Bergkamm der Dreieckswand mit einer Terrasse, die nach der Richtung seines Entwurfes „sich hüben seines Entwurfes“ festrecht lebender Platten“ gedacht, ist der Berg fassen, ohne verändernd in die naturgegebene Formung einzugreifen.



Entwurf: Wilhelm Kreis, Dresden



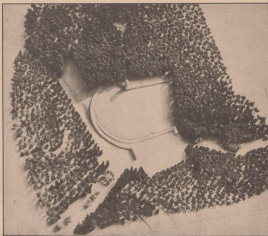
Entwurf: Ernst Janssen, Köln

Drei Hauptwege sieht auch der Entwurf des Wiesbadener Gartenarchitekten Wilhelm Hirsch vor. Mit diesen drei Wegen gewinnt er die Höhe, wo weiterhin sichtbar fünf große Blöcke stehen, welche die Kriegsjahre darstellen. Am heiligen Hain gebiet denkt sich der Künstler Gedächtnissteine der einzelnen Regimenter, daran schließt sich das heilige Grab.

Besonders bedacht auf Erhaltung und Benützung der vorhandenen Landschaft zeigt sich der Entwurf von Morgenstern und Dautz, Königsberg, der im Innern des in seinen Gefantheit zum heiligen Hain erklärten Waldes viele Gedenksteine verteilen will, welche den Ereignissen des Krieges gerecht zu werden suchen.

Eine Sonderstellung nimmt der Entwurf von Oswald Bieber und Josef Wackerle, München, ein, der im Innern des Haines eine architektonische Anlage errichtet, bestehend aus Turm, Gedächtnishalle und klostertypischem Wohnbau für Deteranen.

Es bleibt noch übrig, eine Reihe anderer Motive zu erwähnen, die aber mehr als Beispiel der Volkspantomie oder der Stellungnahme einzelner Berufe, als als sachkundiger Beitrag aufzufassen sind. So genügt einem Einföndler ein Entwurf, der lediglich den



Entwurf: Hans Gehlhorn und H. R. Schulte, Berlin

bewerbes erwartet werden können, der unter den Preisträgern des ersten Anschuldens voransteht wird. Das Preisgericht hat dann die verantwortungsvolle Aufgabe, sich für die ihm am besten erscheinenden Entwürfe zu entscheiden und einen davon der Stiftung Reichsdenkmal zur Ausführung vorzuschlagen.

Platzplatz für Automobilen darstellt, ein anderer müht sich nur um die eisenbahntechnische Gefaltung des Bahnhofes, der am Eingang zum Ehrenhain liegt. Ein origineller Entwurf schlägt vor, einen felsen in Ketten geschnitten darzustellen und so das Schicksal des deutschen Volkes zu veranschaulichen.

Der Verfasser eines weiteren Vorschlages meint, der Krieg sei vor allen Dingen doch durch den Stiefel geführt worden. Kreuz und quer hätte man marschieren müssen, und so sei die Errichtung eines Gedenkmalles in Form von zwei gekreuzten überlebensgroßen Stiefeln das gegebene Motiv.

Soldate und ähnliche Vorschläge zeigen immerhin das Eine: wie lebhaft sich die Volkspantomie mit dem Gedanken des Ehrenmalles beschäftigt.

Anfang Herbst wird das Ergebnis des engeren Wettbewerbes erwartet werden können, der unter den Preisträgern des ersten Anschuldens voransteht wird. Das Preisgericht hat dann die verantwortungsvolle Aufgabe, sich für die ihm am besten erscheinenden Entwürfe zu entscheiden und einen davon der Stiftung Reichsdenkmal zur Ausführung vorzuschlagen.

## Politische Chronik

Vom 27. Mai bis 11. Juni

### Ausland:

Im österreichischen Parlament gibt die neugebildete Regierung Dollfus eine Regierungserklärung ab und kündigt bedingt die Verhandlung der Devisenfrage für Auslandsschulden an (27. Mai). — Im Rom wird der italienisch-türkische Freundschafts- und Handelsvertrag der Annahme der türkischen Minister auf fünf Jahre verlängert (27. Mai). — Botschafter Zabolov hat in Genf eine Unterredung mit dem amerikanischen Delegationsführer Gibson, die sich auf die neuen amerikanischen Abklärungsanträge bezieht (30. Mai). — Der gegen die Regierung Dollfus eingebrachte Mißtrauensantrag wird im Nationalrat gegen die Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt (31. Mai). — In Rumänien tritt das Kabinett Torga zurück, nachdem es nicht gelungen war, mit den ausländischen Mächten Vertretern zu einer Verständigung über die finanziellen Schwierigkeiten des rumänischen Staats zu gelangen (31. Mai). Das neugebildete Kabinett Daida Woewod hat nur die Aufgabe, Neuwahlen durchzuführen. — Amerika nimmt die englische Einladung zu einer Welthandelskonferenz an (1. Juni). — Ministerialdirektor Brandenburg verläßt den Kuffsterverhandlungsausschuß der Abrüstungskonferenz, nachdem sich der französische Verhandlungsvorschlag geweigert hatte, die deutschen Abrüstungsvorschläge in seinen Bericht aufzunehmen (1. Juni). — In einer Note fordert die Danziger Regierung die polnische Regierung auf, die auf Danziger Gebiet liegende polnische Eisenbahnverwaltung für den Korridor aus Danzig zu entfernen (5. Juni). — Grandi hält vor dem italienischen Senat eine Rede, in der er für Deutschlands Gleichberechtigung eintritt und erklärt, daß die Währungsverminderung die beste Voraussetzung sei für die Lösung der Tribut- und Kriegsschuldenfrage (5. Juni). — Das japanische Abgeordnetenhaus wird mit einer Rede des neuen Ministerpräsidenten und Außenministers Admiral Saito eröffnet, der auf die Beziehungen zur Sowjetunion eingeht und die Gerüchte von einem drohenden Krieg als Gerüchte bezeichnet (5. Juni). — In dem neugebildeten französischen Kabinett übernimmt Ministerpräsident Berthelot gleichgültig auch das Außenministerium; Kriegsminister wird Paul Doumer, der bisher Frankreich auf der Abrüstungskonferenz vertreten hat (4. Juni). — In Chile kommt es zu einer Revolution, die stark sozialistischen Charakter hat; die Verfassung des Salpeterschulds wird angefochten (4. Juni). — Die griechische Regierung wird durch ein neues Kabinett Detsifelos benannt (4. Juni). — Zum Präsidenten des Memelländischen Direktoriums wird der Abgeordnete der Memelländischen Volkspartei Dr. Schreiber ernannt (6. Juni). — Die amerikanischen Streitkräfte zur Befestigung des Seilbetrages im Haushalt werden von Präsident Hoover

unterzeichnet, nachdem Repräsentantenhaus und Senat ihnen zugestimmt hatten (6. Juni). — Dem neuen Kabinett Herriot wird von der Kammer das Vertrauen mit 590 gegen 192 Stimmen ausgesprochen; die Sozialisten stimmen für das Vertrauensvotum (7. Juni). — Premierminister MacDonald und Außenminister John Simon nehmen die Einladung des französischen Ministerpräsidenten zu einer Konferenz in Paris an (8. Juni). — Vor dem Haager Gerichtshof beginnen die Verhandlungen über die Verlegung des Meeresbundes durch Sitauen (8. Juni).

### Reich:

Reichszentraler Dr. Brüning hält vor der ausländischen Presse eine Rede, in der er die Arbeitsbeschaffung als die deutsche Lebensfrage bezeichnet (28. Mai). — Das Kabinett Brüning erklärt seinen Rücktritt (30. Mai). — Reichspräsident von Hindenburg empfängt nachdem die Parteiführer. — Mit dem ausdrücklichen Auftrag, eine Regierung der nationalen Konzentration zu bilden, erteilt der Reichspräsident dem früheren Zentrumsgesandten von Papen den Auftrag zur Regierungsbildung (31. Mai). — Das Kabinett von Papen wird ernannt (1. Juni). — Reichszentraler ist von Papen, Reichsfinanzminister Frey, Reichsjustizminister Frey, Reichsminister Generalleutnant von Schleicher, Reichswirtschaftsminister Professor Dr. Wernhold, Reichsernährungsminister Frey, Reichsminister von Braun, Reichspost- und Verkehrsmittelminister Frey, Reichsminister von Neurath, Reichsfinanzminister Graf Schwerin von Krosigk, Reichsjustizminister Dr. Gürtner (2. Juni). — Reichsarbeitsminister Schiffer (6. Juni). — In einem herzlich gehaltenen Schreiben dankt Reichspräsident von Hindenburg Reichszentraler Dr. Brüning für die geleistete Arbeit. Auch den übrigen aus dem Amt scheidenden Ministern geben Dankschreiben die Reichspräsidenten zu (5. Juni). — Reichsminister von Schleicher erklärt bei Amtsübernahme eine Kundgebung an die Reichsbürger (5. Juni). — Die neue Regierung beschließt, dem Reichspräsidenten die Auflösung des Reichstags zu empfehlen (5. Juni). — Die Auflösung des Reichstags wird gleichzeitig mit der Regierungserklärung bekanntgegeben (4. Juni). — Reichszentraler von Papen tritt mit den preußischen Fraktionen in Verhandlungen ein zweites Herbeiführung einer neuen Regierung (6. Juni). — Die süddeutschen Ministerpräsidenten suchen beim Reichspräsidenten um eine Unterbrechung nach (9. Juni). — Freiherr von Gayl hält vor dem Reichstag eine Programmrede, in der er auf wichtige Fragen der Innenpolitik eingeht und anfänglich,

daß die Frage der Staatsform nicht aufgerollt werde (9. Juni). — Die Zahl der Erwerbslosen ist in der zweiten Hälfte um rund 92 000 auf 5 585 000 zurückgegangen.

**Köner:**

Bei den Landtagswahlen in Oldenburg erlangen die Nationalsozialisten die absolute Mehrheit (29. Mai). — Ein Antrag im Preussischen Landtag, die alte Geschäftsordnung wiederherzustellen,

wird mit den Stimmen des Zentrums, der Sozialdemokraten und der Kommunisten abgelehnt (5. Juni). — Bei den Landtagswahlen in Mecklenburg-Schwerin erreichen die Nationalsozialisten ebenfalls die absolute Mehrheit (5. Juni). — Die geschäftsführende preussische Regierung erläßt zur Deduktion des Etats eine Notverordnung (8. Juni). — Die Auflösung des Braunschweigischen Landtags wird im Braunschweigischen Landtag abgelehnt (9. Juni).

## Zur Zeitgeschichte

### Am Vorabend von Lausanne

Es hätte nicht viel gefehlt, so wäre der Lausanner Konferenz ein ähnliches Schicksal bereitet worden wie der vor fünf Monaten, als man den Zusammentritt der Delegierten in letzter Stunde ab sagte. Erst gleichsam in letzter Minute sind in Deutschland und in Frankreich die Regierungen gebildet worden, welche in Lausanne für ihre Länder verhandeln sollen. Frankreichs neuer Ministerpräsident Herriot hat in seiner Regierungserklärung vor der Kammer die augenblicklichen Fragen nur in allgemeinen Umrissen gestreift, doch ist der Unterschied seiner Formulierungen zu der Haltung seiner Vorgänger Cartiens und Kasal nicht ganz von der Hand zu weisen. Freilich erscheinen seine Formulierungen so schlicht, daß man aus ihnen sowohl ein Gehalten an der „indemnitätsnotte“ wie auch einen bedingten Verzicht auf dieselbe herauslesen kann. Jedenfalls hat Herriots Erklärung in England einen ausgezeichneten Eindruck hinterlassen, wo man sich bereits in optimistischen Erwartungen wiegt. Die Wochenendzusammenkunft zwischen Herriot und MacDonald in Paris ist der Ausdruck einer deutlichen Verbesserung der englisch-französischen Beziehungen, die beinahe noch unlöslich des letzten Unfalls zwischen Carduius in London denbar unfreundlich waren und irgendeine Entlung kaum erhoffen ließen. Die Meinungsverschiedenheiten zwischen Frankreich und England beziehen sich allerdings nicht nur auf die Reparationsfrage, sondern auch auf das Abwägungssystem; aber auf diesem Gebiete wie auf dem der Reparationen wird es vielleicht nur eines verhältnismäßig kleinen Nachgebens Herriots bedürfen, um die Engländer auf seine Seite zu ziehen. Welchen Anteil an dieser freundlicheren Einstellung der Engländer gegenüber Frankreich die Darstellungen und Gerüchte über die innere Entwicklung in Deutschland haben, die in der englischen Presse gewaltig aufgebauscht worden sind, läßt sich nicht mit Sicherheit errechnen.

Das Lausanner Programm hat dadurch eine fühlbare Entlung erfahren, daß man die eigentlich weltwirtschaftlichen und finanzpolitischen Probleme auf einer Weltkonferenz erörtern will, die erst zu einem späteren Zeitpunkt und wahrscheinlich in London stattfinden soll. Der Gedanke dieser Konferenz ist dem Wunsche entsprungen, auch die Amerikaner praktisch einzuschalten, die sich trotz aller Anfragen und Versuche hartnäckig dagegen gesperrt haben, in irgendeiner, wenn auch noch so inoffiziellen Form in Lausanne in die Erscheinung zu treten. Unter dem Druck der amerikanischen öffentlichen Meinung, welche ja in der Kongreßerklärung vom Dezember vorigen Jahres gegen jede Schuldenerleichterung einen deutlichen Ausdruck fand, muß die gegenwärtige Regierung alles vermeiden, was den Eindruck einer europafreundlichen Einstellung erwecken könnte, und in diesem Sinne sind auch die immer wiederholten Erklärungen des Weihen Hauses zu verstehen, daß eine Annulierung der Schuldenerforderungen nach wie vor ausgeschlossen sei. Am Vorabend der Wahl kann es sich keine Partei und keine verantwortliche Washingtoner Regierung leisten, eine so unpopuläre Maßnahme offen zu vertreten, und die wenigen prominenten Persönlichkeiten, welche sich, wie neuerdings auch Borah, für eine Streichung der Schulden unter gewissen Kautelen ausgesprochen haben, tun dies auf ihr eigenes Risiko und Laum unter dem Gesichtspunkt der Gewinnung einer wirksamen Wahlplattform. Erst wenn Ende des Jahres das amerikanische Volk gesprochen hat, und wenn am 4. März 1933 der neue Präsident, der vielleicht wieder Hoover heißt, sein Amt antritt, wird die Schuldenerfrage von Amerika aus gefördert werden können.

Unter diesen Umständen erwartet man in den angelsächsischen Ländern von der Lausanner Konferenz nur die Fertigstellung eines vorläufigen beschränkten Moratoriums, und auch in Frankreich scheint man sich mit dieser Zukunftsaussicht allmählich abzufinden. Für Deutschland gilt nach wie vor die Erklärung Dr. Brüning vom 12. Januar dieses Jahres, daß Deutschland keine Reparationen in irgendeiner Form mehr leisten könne, und daß es die Aufgabe der anderen Länder sei, aus dieser Tatsache die Konsequenzen zu ziehen. Wenn man demgegenüber in Frankreich, auch in den Kreisen des neuen radikalen Kabinetts, auf die „Heiligkeit der Verträge“ hinweist, so widerlegt dies in keiner Weise die deutsche Haltung, denn es handelt sich ja nicht um Formalitäten, sondern um Zwangsläufigkeiten, denen man in Lausanne wie Rechnung tragen muß. Dann und in welcher Form die neu geschaffenen finanzpolitischen Tatsachen ihre völlerrechtliche Fixierung erfahren werden, ist demgegenüber eine Frage zweiter Ordnung. Walter Hagemann.

### Neue Länderwahlen

Den Wahlen zu den Landesparlamenten von Preußen, Bayern, Württemberg, Hamburg und Anhalt am 24. April (vgl. „Heimatdienst“ 1. Maiheft 1932 S. 138) folgten weitere Wahlen zu den Landtagen in Oldenburg am 29. Mai und in Mecklenburg-Schwerin am 5. Juni. Oldenburg (540 172 Einwohner = 0,87 v. H. des Reichs) und Mecklenburg-Schwerin (674 411 Einwohner = 1,08 v. H. des Reichs) haben eine dreijährige Wahlperiode.

In Oldenburg war zuletzt am 17. Mai zum Landesparlament gewählt worden mit einer Wahlbeteiligung von 74,9 v. H. Ein von der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei betriebenes, von Deutschnationalen, Stahlhelm und Kambod unterstütztes Volksbegehren zur Parlamentsauflösung führte zum erfolgreichen Volksentscheid am 17. April, auf Grund dessen der Landtag aufgelöst werden mußte. In Oldenburg wurden höchstens 48 Abgeordnete nach dem automatischen System mit 4000 als Verteilungszahl gewählt. Würde bei reger Wahlbeteiligung die Zahl der Abgeordneten 48 übersteigen, so wird die Verteilungszahl entsprechend erhöht. Die folgende Übersicht zeigt das Ergebnis der Wahl nach Stimmbezirken und Abgeordnetenlisten, wobei das Ergebnis der vorhergehenden Landtagswahl vergleichsweise gegenübergestellt ist.

Landtagswahl Oldenburg

Parteien	Wahl am 29. Mai 1932		Wahl am 17. Mai 1931		Wahl am 29. Mai 1932		Wahl am 17. Mai 1931	
	absolut	o. H.	absolut	o. H.	absolut	o. H.	absolut	o. H.
Nationalsozialisten ...	131 523	48,4	97 802	37,2	24	52,17	19	39,58
Sozialdemokraten ...	50 987	18,8	54 893	20,9	9	19,57	11	22,92
Zentrum ...	42 114	15,8	46 255	17,6	7	15,22	9	18,75
Deutschnationale ...	15 629	5,8	12 653	4,8	2	4,55	2	4,17
Kommunisten ...	15 590	5,7	18 942	7,2	2	4,55	3	6,25
Staatspartei ...	6 213	2,3	8 516	3,3	1	2,17	1	2,08
Kambod ...	5 987	2,2	5 404	2,1	1	2,17	1	2,08
			10 774	4,1	—	—	2	4,17
Natl. Vereinig. (DVP u. Wp)	2 308	0,8	4 275	1,6	—	—	—	—
Soz. Arbeiterpartei ...	1 464	0,5	—	—	—	—	—	—
Andere Parteien	—	—	5 170	1,2	—	—	—	—
Zusammen	271 817	100,0	262 683	100,0	46	100,0	48	100,0
Wahlbeteilig.	274 022	75,7	264 513	74,9	—	—	—	—
Stimmberedigt.	362 000	—	353 000	—	—	—	—	—

In Mecklenburg-Schwerin war zuletzt am 25. Juni 1929 bei einer Wahlbeteiligung von 74,9 v. H. gewählt worden. Auch in Mecklenburg-Schwerin bleibt automatisches Wahlsystem. Gewählt werden mindestens 50 Abgeordnete. Wird diese Sitzzahl bei geringer Wahlbeteiligung nicht erreicht, so wird die Verteilungszahl 6000 entsprechend ermäßigt. Das Ergebnis der Wahl vom 5. Juni ist in der folgenden Übersicht nach Parteistimmen und Abgeordnetenlisten dargestellt. Da die Zahlen der Landtagswahl 1929 durch die Septemberwahlen 1930 überholt sind, sind die Stimmzahlen der letzten Reichstagswahl als Vergleichsmaßstab verwertet. Die Charakteristika der Wahl in Oldenburg ist, daß die Zentrumstimmen zum ersten Mal seit der Reichstagswahl 1928 einen Rückgang aufweisen. Während sie bei den Reichstagswahlen 1928 und 1930 noch 17,1 v. H., bei der Landtagswahl am 15. Mai 1931 17,6 v. H. der Gesamtstimmen ausmachten, gingen sie am 29. Mai 1932 auf 15,3 v. H. der Gesamtstimmen zurück. Beim zweiten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl hatte der kommunistische Präsidentschaftskandidat Thälmann 14 199 oder 4,7 v. H. Stimmen erhalten, während jetzt auf die Kommunisten 15 590 oder 5,7 v. H. Stimmen entfielen. Von einer Stärkung der kommunistischen Partei kann aber nicht gesprochen werden. In diesen Zahlen spiegelt sich vielmehr der Unterschied zwischen der Reichspräsidentenwahl als



einer Persönlichkeitswahl und der Parlamentswahl als Parteienwahl deutlich aus. Der Führer der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei Adolf Hitler hat in Oldenburg beim zweiten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl 140 572 oder 46,1 v. H. der Gesamtstimmen bei seiner Wahlbeteiligung von 85 v. H. erhalten. Bei der Landtagswahl haben die Nationalsozialisten 151 275 Stimmen oder 48,4 v. H. der Gesamtstimmen bei einer Wahlbeteiligung von 73,7 v. H. aufgebracht. Die schwächere Wahlbeteiligung ist also hauptsächlich auf die Parteien der bürgerlichen Mitte zurückzuführen. Sie wirkt sich in der Zuteilung der Sitze noch mehr zumungunsten der unter der Wahlenthaltung leidenden kleineren Parteien aus. Während die Nationalsozialisten 48,4 v. H. und die Sozialdemokraten 18,8 v. H. der Stimmen aufgebracht haben, haben die Nationalsozialisten 52,17 v. H. und die Sozialdemokraten 19,37 v. H. der Sitze zugeerbt erhalten. Die Nationalsozialisten haben im Oldenburgischen Landtag von 46 Sitzen 24 inne und verfügen damit über die absolute Mehrheit.

Landtagswahl in Meßenburg-Schwerin.

Parteien	Landtagswahl 1932		Reichstagswahl 1930	
	Stimmen	Sitze	Stimmen	
	absolut	v. H.	absolut	v. H.
Nationalsozialisten .....	177 076	49,0	50	50,8
Sozialdemokraten .....	108 561	30,0	18	30,5
Deutschnationale .....	52 883	9,1	5	8,5
Kommunisten .....	26 891	7,4	4	6,8
Arbeitsgemeinschaft der bürgerlichen Mitte <sup>1)</sup> ...	7 889	2,2	1	1,7
Arb.-Gemein. natl. Meßl. <sup>2)</sup>	7 499	2,1	1	1,7
Soz. Arbeiterpartei .....	957	0,2	—	—
	361 556	100,0	99	100,0

<sup>1)</sup> In der Arbeitsgemeinschaft der bürgerl. Mitte gingen zusammen S. D. D. P., D. N. P., W. P., Natl. D. P. und Chr. S. D. D.  
<sup>2)</sup> Bei der Reichstagswahl 1930 kamen: W. P. 22 259 Stimmen, Chr. S. D. D. 21 029 Stimmen, S. D. P. 8 822 Stimmen, Natl. D. P. 7 615 Stimmen, D. N. P. S. D. D. 6 225 Stimmen, S. 2 107 Stimmen.

Im Landtag von Meßenburg-Schwerin haben die Nationalsozialisten von 39 Sitzen 30 erobert und damit die absolute Mehrheit erreicht. Hitler hat am 10. April 1932 in Meßenburg-Schwerin 128 076 Stimmen oder 46,4 v. H. der Gesamtstimmen bei einer Wahlbeteiligung von 85,2 v. H. erhalten. Bei der Landtagswahl hat seine Partei 177 076 oder 49,0 v. H. der Gesamtstimmen bei einer Wahlbeteiligung von 79,1 v. H. erreicht. Aus diesen Zahlen ist ein weiteres Anwachsen der nationalsozialistischen Bewegung in Meßenburg-Schwerin festzustellen. Auch dort sind mehr kommunistische Stimmen abgegeben worden als für den Präsidentschaftskandidaten Hitlermann beim zweiten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl. Die Deutschnationale Volkspartei weist einen Rückgang auf. Im Vergleich zu den Stimmen, die für den Präsidentschaftskandidaten Duesterberg am 13. März 1932 abgegeben worden sind (48 493 oder 12,5 v. H. bei einer Wahlbeteiligung von 87,0 v. H.), ist der Rückgang nicht unerheblich. Zusammen mit Landvolk hatten die Deutschnationalen früher 23 Abgeordnete, jetzt nur noch 5. Die übrigen bürgerlichen Parteien waren in zwei Gemeinschaften zusammengefaßt. Sozialisten, Volkspartei, Deutsche Volkspartei, Staatspartei, Konserervative, Volksdienst und Zentrum hatten sich zur Arbeitsgemeinschaft der bürgerlichen Mitte<sup>1)</sup> Landvolk und verwandte Gruppen zur Arbeitsgemeinschaft nationaler Kleinrentner<sup>2)</sup> verbunden. Gegenüber der Reichstagswahl von 1930 haben diese beiden Gruppen neun Gehälter ihrer Stimmen verloren. Jede Gruppe ist nur noch durch einen Abgeordneten im Landtag vertreten.

Vor der Reichstagswahl am 31. Juli wird noch in Hesse an 15. Juni zum Landtag gewählt werden. In Hesse war zuletzt am 15. November 1931 das Landesparlament gewählt worden. Die Wahl brachte ein außerordentlich starkes Anwachsen der Nationalsozialisten. Bei einer Regierungsbildung formte der Heßische Landtag zwei Parteien. Bei der letzten Landtagswahl war der Wahlvorstoß der Wirtschaftspartei wegen Formmangels nicht zugelassen worden. Der Heßische Staatsgerichtshof als Wahlprüfungsgericht hat die Wahl für nichtig erklärt. Es mußten daher jetzt Neuwahlen anberaumt werden. Gewählt werden 23 Abgeordnete in einem Wahlkreis nach dem System d'Hondt. Zwischen den Nationalsozialisten und den Deutschnationalen ist Kissenverbindung vereinbart. Unter der Bezeichnung Nationale Einheitsliste<sup>3)</sup> haben sich die Landvolkpartei, die Deutsche Volkspartei, der Christlich-Sozialer Volksdienst, die Deutsche Staatspartei, die Wirtschaftspartei und die Deutsche Volkspartei auf einen gemeinschaftlichen Wahlvorstoß geeinigt. Außerdem ist noch eine Sonderliste „Heßische Demokraten“ eingezeichnet worden, hinter der die Volksdemokratische Partei steht. Diese Gruppe ist Kissenverbindung mit der Sozialdemokratischen eingegangen. Ministerialrat Dr. Georg Kaisenberg

## Der Völkerebund und der chinesisch-japanische Konflikt

Wenn der Völkerebund auch oft kritisiert worden ist, weil seine Maschinen schwerfällig und nur schwer in Gang zu setzen ist, so hat er doch bisher stets den Nachweis erbracht, daß ein Volk, welches sich in seiner Existenz bedroht fühlt und an ihn wendet, sicher sein kann, daß er es in die seine Aufgabe als Vermittler stellt. (Aber die Verantwortung für die Völkereinigung im Oktober 1921 liegt nicht dem chinesisch-japanischen Konflikt, sondern man das Vertrauen zum Völkerebund nicht zu verlieren. Der Umstand, daß seine Bemühungen trotz der langen, fast Ausbruch der Streitigkeiten (18. September 1931) verflochtenen Zeit noch zu keiner Beendigung des Konflikts geführt haben, erklärt sich einerseits aus der Größe der Interessen, die für beide Parteien auf dem Spiele stehen, und andererseits daraus, daß hier Völker im Streit liegen, die in ihrer ganzen Denungsweise und Weltanschauung der Völkereinigung geistig noch ziemlich fernstehen. Es ist schließlich unmöglich, einem Japaner klarzumachen, daß was Europa bis zum Beginn dieses Jahrhunderts als sein gutes Recht betrachtet hat, nämlich die Vertretung seiner Interessen in China selbst in die Hand zu nehmen und sie nötigenfalls mit einer bis zur Gebietsanexion schreitenden Gewalt (Hongkong, Kwantungschan, Port Arthur) durchzusetzen, den Japanern nicht erlaubt sein soll. Für die Japaner bleibt als Tatsache bestehen, daß die europäischen Mächte satuiert sind, während Japan infolge seiner Überproduktion an Menschen und der ärmlichen Bodenbeschaffenheit seines Landes eine Expansion nach außen suchen muß. Diese Expansion kann, da sich Europa und Amerika der japanischen Einwanderung verschlossen haben, nur in Asien erfolgen, und zwar in erster Linie in der benachbarten Mandchurien, wo Japan bereits seit dem russisch-japanischen Kriege eine aus den Mächten auf der Washingtoner Konferenz 1922 anerkannte Sonderstellung einnimmt und wo noch für viele Millionen von Menschen ein Betätigungsfeld vorhanden ist.

Bekanntlich hat die japanische Regierung von Anfang an in feierlicher Form versichert, daß sie keine territorialen Ambitionen in der Mandchurien habe und daß sie nur zur Wahrung ihrer vertraglichen Rechte und zu dem Schutze des Lebens und Eigentums ihrer Staatsangehörigen mit ihren Truppen dort eingefriedet sei. Dabei hat sie sich gleichzeitig erboten, in unmittelbaren Verhandlungen mit der chinesischen Regierung die schwebenden Streitfragen zu lösen. Bei dieser Sachlage hätte es nur eines geringen Druckes des Völkerebundes auf die chinesische Regierung bedurft, um den japanischen Dorfschlach anzunehmen, und menschliche Rücksicht wäre der Konflikt schon allzu groß gewesen. Aber China und unter Aufsichtsetzung seiner Hoheitsrechte über die Mandchurien erlaubt worden. Statt aber auf diese Weise die freitenden Parteien sofort an den Verhandlungstisch zu bringen, hat der Völkerebund sich nur von dem formalen Gesichtspunkt der Verletzung der chinesischen Gebietshebt durch den Einmarsch der japanischen Truppen leiten lassen und sich in vergeblichen Bemühungen erschöpft, Japan zur Räumung des okkupierten Gebietes zu bewegen. Kein Wunder, daß er dabei das tragische Mißgeschick erlebt hat, durch seine einseitig gegen Japan gerichtete Handlungsweise China zum Widerstand ermutigt und so unmittelbar zur Verhängung des Konflikts beigetragen zu haben. Es kann seinen Zweifel unterliegen, daß ein Chinas offene Widerstand, den 1915 von ihm unterzeichneten Vertrag zu erfüllen, in dem japanischen Volke die Furcht, um die frühe seiner Arbeit betrogen zu werden, und damit jene Welle der Begeisterung und Opferbereitschaft ausgelöst hat, die es der Militärdiktatur ermöglichte, ihre ehrgeizigen Pläne immer weiter auszuweiten und schließlich die ganze Mandchurien in den Kreis der militärischen Operation einzubeziehen.

Ob es unter diesen Umständen für die im Dezember v. J. vom Völkerebund eingesetzte und inzwischen in China eingetroffene Untersuchungskommission noch eine Möglichkeit gibt, dem Kaufe der Dinge, wie sie sich in den letzten Monaten in der Mandchurien entwickelt haben, Einhalt zu tun und dieses Gebiet als Bestandteil des chinesischen Reichs zu erhalten, ist endlich in Frage gestellt. Entgegenüber die Gründung eines von der chinesischen Regierung unabhängigen, nicht militärischen Staat in der Mandchurien, so wird der Völkerebund trotz des Art. 10 der Satzung, der jedes Bundesmitglied verpflichtet, die Unversehrtheit des Gebietes und die bestehende politische Unabhängigkeit aller Bundesmitglieder zu achten, den geschaffenen Zustand früher oder später zu legalisieren haben. Darüber aber, ob diese Voraussetzung vorliegt, wird auch die neutrale Untersuchungskommission so lange kein eindeutiges Urteil abgeben können, als die beklagte Partei, d. i. Japan, satisch die Herrschaft in dem unversicherten Gebiet ausübt. Die Kommission kann daher die ihr übertragene Aufgabe nicht erfüllen, wenn sie nicht befehlen sollte, zu einer provisorischen Lösung beitragen können, die dem neuen Staat ein eigenes Leben ermöglicht und eine partielle Behandlung der Chinesen und Japaner gewährleistet. Alles übrige muß der zukünftigen Entwicklung überlassen bleiben.

Auf einer ganz anderen Linie liegt die Aktion, die Japan Ende Januar in Schanghai unternommen hat. Stellen die Ope-

rationalen in der Mandschurei Repressalien zur Wiederherstellung verletzter Rechte bar und lassen sich als solche vom völkerrechtlichen Standpunkt ebenfalls noch verteidigen, zumal Japans Chef, daß die Mandschurei kein geordnetes Staatswesen mit einer verantwortungsbehafteten Regierung ist, schwer widerlegt werden kann, so ist Japans Vorgehen in Schanghai nichts als der schlecht verhüllte Versuch, die chinesische Regierung mit Gewalt zu der Annahme von politischen Forderungen (Einführung des Vortriffs usw.) zu bewegen, und somit ein offenkundiger Verstoß gegen die von ihm selbst unterzeichneten Verträge (Völkerbündnis, Handelsverträge und Zollverträge). Demgegenüber kommt die auf Grund des Art. 15 auf Zutritt Chinas am 3. März zusammenberufene und seitdem in Permanenz tagende außerordentliche Vollversammlung des Völkerbunds im Schanghai-Konflikt wesentlich schärfer aufzutreten als der Völkerbundsrat im Mandschureikonflikt. In dieser Beziehung verdient nicht nur der Appell herangezogen zu werden, den die Ratsmitglieder noch vor dem Zusammentritt der Vollversammlung am 16. Februar an die japanische Regierung gerichtet haben, sondern vor allen Dingen die Entschärfung der Verfallung vom 11. März, die u. a. die Anrufung des Sündigen Internationalen Gerichtshofs in Haag vorseht, wenn Japan seine Truppen nicht aus Schanghai zurücknimmt. Es ist gewiß zuviel gesagt, wollte man behaupten, daß Japan allein durch den Völkerbund veranlaßt worden ist, das Schanghai-Abenteuer, wozu es jetzt auf dem Wege ist, abzubauen. Das Waffenstillstandsabkommen ist am 3. Mai unterzeichnet worden; die japanischen Truppen werden auf die Stellungen zurückgezogen, die sie vor dem 28. Januar inne hatten. Aber zweierlei dürfte es aus den Verhandlungen vor diesem Weltkongress gelernt haben. Einmal, daß es bei seinem Auftreten in Schanghai die öffentliche Meinung der ganzen Welt gegen sich aufgebracht hat, und zweitens, daß seinem eigenen Anspruch auf Lebensraum gleichberechtigt der Anspruch anderer Völker gegenübersteht, das was sie besitzen und zum Wohle der Völkergemeinschaft ausgebaut haben, zu erhalten und weiter zu entwickeln. Dem Völkerbund bleibt dabei die Aufgabe, dort, wo sich die Interessen hart im Raum stoßen, zu vermitteln und der Menschheit den Beweis zu liefern, daß er, wie der jetzt tote Briand 1925 von ihm gesagt hat, für jedes Volk, das sich an ihn wendet, zur Stelle ist. C.

## Franz Josef Ritter von Gerstner

Zum Andenken an seinen Tod am 25. Juni 1862

Am 22. Februar 1756 wurde dem Niemeßner und Bürger der deutschen Stadt Komotau in Nordböhmen ein Sohn geboren, dem er den Namen Franz Josef gab. Großheim seine Mittel sehr beschränkt waren, ließ er den hochbegabten Knaben das Jesuitengymnasium seiner Vaterstadt besuchen. 1772 bis 1777 verdiente der Jüngling durch Gesangs- und Violoncellspiel in den Prager Kirchen und durch Musikunterricht bei den Kindern wohlhabender Häuser genug, um davon die Kosten des Studiums an der Prager Universität zu bestreiten.



Theologie und Heilkunde, die er später in Wien hörte, festelten ihn nicht so sehr wie die Mathematik und Astronomie, die die Grundlage seines philosophischen Doktorats bildeten.

Seine Amtstätigkeit an der Prager Sternwarte und im staatlichen Vermessungsdienst lenkte die Aufmerksamkeit der Regierung und der gelehrten Kreise auf ihn, so daß er 1799 Professor der höheren Mathematik an der Prager Universität wurde. Neben

seinen Vorlesungen aus höherer Analysis und Astronomie hielt er auch solche aus Mechanik und Hydraulik und ihre Anwendung auf Maschinenkunde und Gewerbe. Außerdem entfaltete er eine ausgebreitete Tätigkeit als beratender Ingenieur in der staatlichen und privaten Industrie.

In der 1795 errichteten Kommission für die Neuordnung der öffentlichen Unterrichtsanstalten hatte er als Beisitzer für Naturgeschichte, Erdkunde, Physik, Mathematik, ihre praktische Anwendung in Landwirtsch. und Technologie, die damals ungenügend die heutigen „technischen Wissenschaften“ verstand, Gelegenheit, die maßgebenden Stellen auf die Notwendigkeit technischer Lehranstalten aufmerksam zu machen. Er erzielte den Erfolg, daß in Prag 1806 ein „kaiserliches polytechnisches Institut“ eröffnet wurde. Gerstner wurde dessen Professor und erster Direktor. Die Prager Lehranstalt war die erste auf deutschem

Boden, den den Namen einer technischen Hochschule verdient; ja, wenn wir berücksichtigen, daß die 1794 bis 1796 entstandene École Polytechnique in Paris wesentlich eine Schule für technische Offiziere und Verwaltungsbeamte und Vorstufe für engere Fachschulen war, so können wir das Prager Polytechnikum sogar als erste Technische Hochschule der Welt und Gerstner als den geistigen Vater und Organisator nicht nur des deutschen, sondern des technischen Hochschulwesens in der überhaupt.

Zus Gerstners praktisch-technischer Betätigung erwuchs seine zweite unsterbliche Tat. 1808 schlug er den Bau einer Eisenbahn von der Donau (Mautausen) bis zur Moldau (Budweis) vor. Krieg und Wirtschaftsnöte ließen es erst 1820 zum wirklichen Bau der Bahn kommen, den Gerstners Sohn Franz Anton leitete; 1827 wurde die erste Teilstrecke dem Verkehr übergeben. Sie war schmalspurig (1106 mm) und 129 km lang und wurde bis zu ihrem Umbau auf Regelpur (1435 mm) mit Pferden betrieben. Während des Baues entwarf man fisch, sie fielen nach Mautausen nach Kitz zu führen und bis Gmünd (70 km) fortzuführen. Sie war die erste deutsche Eisenbahn und hatte auf dem festland nur eine einzige viel kürzere Vorgängerin (St. Etienne-Andrézieux, 18 km), war auch viel länger als alle englischen Bahnen.

Gerstner hat die Vollendung der Bahn nicht mehr erlebt. Er starb am 25. Juni 1852 in Mailand bei Mailand. Einige Wochen später, am 1. August 1852, wurde die letzte Teilstrecke der Bahn Kitz-Budweis eröffnet.

Kaiser Franz I. hat Gerstner 1810 den erblichen Ritterstand verliehen. Die deutschen Ingenieure der Tschechoslowakei werden das Andenken ihres großen Landesmannes und Fachgenossen gelegentlich ihrer meistenten Touren in Komotau (25.-27. Juni 1952) durch Enthüllung seines Denkmals feiern. Das deutsche Volk soll ihm für seinen dankbaren Erinnerung bewahren als einem der Männer, die zur heutigen Höhe deutscher Bildung und Geistesbildung tatkräftig und erfolgreich beigetragen haben.

Bruno v. Enderes.

## Johannes Schlaf / (geboren am 21. Juni 1862)

Johannes Schlaf wird 70 Jahre alt: ein Dichter und Gelehrter von echt deutscher Eigenartlichkeit, dessen überaus fruchtbares Schaffen ein breites Raster an wahrem Menschentum, dem Erkennen des Weltganzen, um Erfüllung einer eingeborenen tiefen Gottesehndung bedeutet. In Erist, Dramatik, Prosa, in funktions-theoretischen Versuchen, philosophischen und kosmologischen Spekulationen hat sein reich und vielfältiger Geist Ausdrack gefunden. Seit 1904 in Weimar angesiedelt, hat Schlaf sich allmählich eigenbrütlicher eingeklinkt — abseits vom Marktgeräusch der literarischen Moden. So mag es sich erklären, daß viele ihn heute für nichts anderes als einen schüchternen Mann halten, weil sie nichts weiter von ihm wissen als daß sich in einigen Broschüren gegen die kopernikanische Welttheorie gewandt hat. Daß die „Sonne“ — lautet sein mit Kühn und gewogen Argumenten immer wieder verdorrenes geozentrisches Glaubensbekenntnis. Andere wieder, die ihn bloß aus den literaturgeschichtlichen kennen, sehen in ihm nur den Mitbegründer des konsequenten Naturalismus der neunziger Jahre. Und doch ist Schlaf einer der reinsten, ursprünglichsten und ausdrucksstärksten Dichter unserer Tage. Am 21. Juni 1862 in Querfurt geboren, kam er als Student nach Berlin und machte sich 1887 nach einem beendeten philosophischen Staatsexamen daran, den „Zeno des neuen Platonismus“ des Naturismus praktisch auszuüben. „Die Kunst hat die Gegend, wider die Natur zu sein!“ so verkündete Holz, der härteste Theoretiker von beiden, das neue Evangelium. Und so entstand das Stützenbuch „Papa Hamlet“, das man zuerst am der härtesten Wirkung willen als Werk eines unbekannten Zwirners Bjarne P. Holmsen veröffentlichte; so die „Papiere Passion“ und die „famille Seide“, das klassische Mutterdrama des Naturalismus. Mit diesen Arbeiten wurde die deutsche Dichtung wahrhaft erneuert und allem süßlichen, lebensfällenden Epigonalen der letzten Jahrzehnte der Grabschlag gemacht. Das Wesentliche an ihnen war eine ungenügende Verfeinerung der biederlichen Anschauung des Alltags und des Kapzorns. Wenn es sich, rein theoretisch, zuerst nur darum gehandelt hatte, die Wirklichkeit möglichst genau zu registrieren, so bildete sich daraus doch wie von selbst eine neue Kunstform... weil eben doch literarische Intuition mit am Werke war, die jeder, der Schlags späteres eigenes Schaffen kennt, im wesentlichen hier nur zurechnen wird. Zwischen ihm und Holz ist nach Jahren ein bösartiger, erbitterter Zank über den Anteil an der gemeinsamen Arbeit ausgebrochen — ein müßiger Streit, den sie selbst schon im Vorwort zur „famille Seide“ socrus erlitten hatten: „Wir konnten nicht sagen, wir haben uns das Buch gemeinsam geschrieben; wir haben es uns einander ausgemacht, immer deutlicher, bis es auf dem Papier stand.“ Daß seiner Zusammenarbeit mit Holz verfiel Schlaf in eine schwere Nervenkrisis. Dann schrieb er die entzündenden Natur-, Dorf- und Kleinstadtgedichte „In Dingsda“ und die herrliche Dichtung „Frühling“, die Bierbaum in seinem „Modernen

Muselman nach auf 1894 mit einer begeisterten Epistel Richard Dehmels veröffentlicht. Hier zeigt sich Schlafes zartes, süßes Dichtertum, seine Meisterhaftigkeit der andächtigen Kleinalerlei, die Naturstudien und Landschaftsbilder mit zauberhafter Feinheit und Unmittelbarkeit hinzusetzen weiß. Der Kald einer Winde etwa wird ihm zur höchsten Offenbarung. Es ist ein großes pantheistisches Jähgefühl, das aus ihm dichtet. „Frühling“ ist ein rhapsodisches Ekkolud aufs Leben, ein erbeberndes Liebeslied an die Welt; ein einmaliges Kunstwerk, geschaffen aus tiefem, bestimmtem Einheitsgefühl mit allen Schöpfungswundern. Diese Dichtung bestätigt die Worte Gerhart Hauptmanns an den sechzigjährigen Dichter: „Deine Gestalt und deine Kunst — es ist beides aus einem Guss: schlicht, scheinlos und echt.“ Noch ein anderes, bislang kaum bekanntes Meisterwerk Schlafes aus einer späteren Schaffenszeit wird bleiben, die Erzählung „Jelusa und Mirjam“. Schlafs beständiges Drama „Meister 13.“ (1892) steht noch im Zeichen des Naturalismus. Aber schon kündigt sich ein hartes, noch unerschöpfliches Ringen mit Gott in dieser düsteren, aufstrebenden Tragödie an: der Gewissenskampf eines Mörders, der trotzig stirbt, ohne sich durch ein Gefändnis zu be-

freien. „Sehnsucht aus der Enge in die Weite“ — so hat Alfred Kerr einmal das Leitmotiv Schlafens Schaffens umschrieben. Auf einer späteren Entwicklungstufe hat Schlaf bekannt: „Das Wesen der Kunst liegt in dem religiösen Liebed der Künstlerischen Individualität.“ Seine großen Romanreihen: „Das dritte Reich“ — „Die Sunden“ — „Peter Soles freite“ — „Der Kleine“ — „Der Prinz“ — „Am Toten Punkt“ — sind alle aus dieser Erkenntnis geboren und aus hartem Kampf mit der ewigen Problematik menschlichen Seins, der die reine Kunstform nicht immer zu voller Reife gedeihen ließ — einem bewußten Kampf auch gegen alle Gefährdungen der Defakten. „Heldentum“ lautet der Titel eines Gedichtbandes von Schlaf. In einem bedeutenden Heldentum erstarken alle seine Dichtungen, und über dieses Heldentum schwebt die „Hoffnung“, deren Erfüllung dem Siebzehnjährigen erblühen möge:

Ich will noch ein Stückchen so weitergeh'n.

Sald müssen ja alle Höl'n

In hellen Frührothseuern steh'n . . .

C. G. W. Behl.

## Blick in die Bücher

Die deutsche Volkswirtschaft. Die gestaltenden Kräfte und das Wirtschaftsbild. Von Professor Dr. August Müller. 342 S. Deutsche Buch-Gemeinschaft G. m. b. H., Berlin.

Es gibt wenig Bücher, die sozial Tatsachenstoff auf einen bestimmten Raum zusammenbringen wie dieses. Das Buch soll nach den Worten des auch unseren Lesern bekannten Verfassers „ein Bild des tatsächlichen Zustandes der deutschen Volkswirtschaft geben, das nicht richtet, sondern verstehen lernen, nicht schwierige, umstrittene Wirtschaftsprobleme entscheiden, sondern ihre Ursachen erklären will.“ Es entwickelt sich auf diese Weise zu dem besten literarischen Gesamtbild der deutschen Volkswirtschaft, das wir kennen. In gewisser Beziehung ist es ein Gegenbild zu dem vom Statistischen Reichsanstalt vor einiger Zeit herausgegebenen Buch „Deutsche Wirtschaftsbild“ (Reimar Hobbing, Berlin), das einen neuen Typ in der wirtschaftswissenschaftlichen Literatur darstellte. August Müllers Gesamtbildbeschreibung hat vor diesem Werke noch voraus, daß sie eine persönliche Note trägt. Dadurch wird kein Buch auch als zusammenhängende Lektüre lesbar. Es bleibt nicht nur ein Nachschlagewerk, sondern wird zugleich ein Lehrbuch.

Müller schildert zunächst das deutsche Volk als Wirtschaftsfaktor, dann die bewegendsten Kräfte der Volkswirtschaft, den Ab-

gang vom Agrar- zum Industriefaktor in Deutschland, die Landwirtschaft, die Nahrungsmittelindustrie, das Gewerbe, Handwerk und Hausgewerbe und zum Schluß den wirtschaftlichen Kreislauf. In diesem Aufbau ist eine solche Fülle von Tatsachen und Erkenntnissen zusammengebracht, das man den Versuch unterlassen muß, mit Worten den Inhalt wiederzugeben. Es gibt schätzensreiches Material über die gesamte deutsche Volkswirtschaft, über das man hier nicht genauer Auskunft bekäme, sowohl bezüglich der Tatsachen wie auch der Zusammenhänge. Die Statistiken, die den Text ergänzen, sind meisterhaft zusammengefaßt. Wo wir z. B. Stichproben unternehmen haben, auf dem Gebiet der Elektrizitätswirtschaft, der Kartelle, der landwirtschaftlichen Produktion und des landwirtschaftlichen Abzuges, überall haben wir erschöpfende Auskunft erhalten und vor allem auch Dinge erfahren, die sonst nur dem engeren Fachmann bekannt sind und sich der allgemeinen wissenschaftlichen Veröffentlichung entziehen. Hier merkt man ganz deutlich, daß der Verfasser als Mitglied des Enquete-Ausschusses des Reichswirtschaftsrats einen allgemeinen Überblick und Einblick in die praktische Volkswirtschaft gewonnen hat, wie sie sonst kaum jemand zuteil werden. Hier verbindet sich in glücklicher Weise der Reichtum praktischer Erfahrungen mit dem Fundus eines soliden und klaren theoretischen Wissens. Wir können aus allen diesen Gründen das Buch als Unterrichtswerk über die deutsche Volkswirtschaftslehre nur empfehlen.

3.

## Gustav Adolf und Wallenstein / Ein Beitrag zum Gustav-Adolf-Jahre

Von Hans Jopp

Weite Kreise im In- und Ausland, besonders in Schweden, rüsten für den Herbst dieses Jahres zur würdigen Feier der dreihundertjährigen Wiederkehr des Heldentodes König Gustav Adolfs von Schweden, der am 6. (16.) November 1632 in der Schlacht bei Lützen, unweit von Leipzig, unter den Pistolentzügen feindlicher Krieger sein Leben ließ. Der schwedische Staat will den 6. November 1932 als Fest- und Erinnerungstag für seinen größten König begehen. Bei uns hielt schon im Mai der deutsche evangelische Kirchenausschuß in Lützen eine Gedächtnisfeier für König Gustav Adolf ab; am 20. September veranlaßt sich der evangelische Verein der Gustav-Adolf-Stiftung, die weltumspannende Unterstützungorganisation für bedürftige Glaubensbrüder, ebendort zu einer Gedenkfeier für den Heldenkönig.

Nur auf das kleine aufstrebende Schweden gestützt, dessen Hilfsmittel hinter denen eines deutschen Territorialstaates der damaligen Zeit, wie z. B. des blühenden Kurfürstentums Sachsen, zurückblieben, wagte König Gustav Adolf den Kampf mit der gewaltigen Macht



Gedächtnis der Bauern durch Vandalen (Nach einem Flugblatt aus dem Dreißigjährigen Krieg)



Gustav Adolf (Zeitgenössischer Kupferstich von Lukas Hiltan)



des Kaisers, der im Bunde mit den katholischen Reichsfürsten den deutschen Protestantismus in schon zwölf Jahre währenden Kämpfen zertrümmert hatte. Nach unaufhaltbarem Siegeszuge von der Ostsee bis nach Sachsen vernichtete der schwedische König, „der Löwe aus Mitternacht“, in der blutigen Schlacht bei Breitenfeld am 7. September 1631 das kaiserliche Heer und drang weiter nach Westen und Süden durch die Länder der Verblühten des Kaisers bis zu den österreichischen Erblanden, dem Herzen der kaiserlichen Macht, vor.



Wallenstein (Zeichnis nach dem Original)

und Gegenreformation sind Politik und Religion immer eng verknüpft — den König nach Deutschland geführt haben, so steht dennoch der deutsche Protestantismus in Gustav Adolfs den Retter in Glaubenssachen, und mit Recht steht auf dem Denkstein, der 1851 auf dem Breitenfelder Schlachtfeld gesetzt wurde:

„Glaubensfreiheit für die Welt  
rettete bei Breitenfeld  
Gustav Adolf Christ und  
Heil.“

Die Vereinigung zweier feindlicher Armeen im nördlichen Bayern und die Gefährdung der Stadt Nürnberg riefen den bisher fast immer siegreichen König vor der Donau nach Norden. Hier vor den Mauern der freien Reichsstadt erricht er seinen ersten großen strategischen Misserfolg im deutschen Krieg durch den meisterhaften Widerstand seines großen Gegners, des Generals Albrecht von Wallenstein, Herzogs von Friedland.

Als ebenbürtige Gegner trauerten König und General, die größten Feldherren ihrer Zeit, die Waffen. Nach der Niederlage bei Breitenfeld, in der höchsten Not, hatte Wallenstein, der sich nach seiner Abweisung von seinem ersten Generalat über die kaiserlichen Heere in Regensburg 1630 auf seine Güter nach Böhmen zurückgezogen hatte, zum zweiten Male auf die inständigen Bitten des verzweiferten Kaisers als Generalissimus mit diktatorischen Vollmachten den Oberbefehl übernommen.

Wallenstein erstrebte in seinen politischen Ideen ein einiges Deutsches Reich mit starker Kaisergewalt, in dem die großen, sich zum Schaden des deutschen Volkes und zur Freude der äußeren Feinde so heiß bekämpfenden Konfessionen: Lutheraner, Calvinisten und Katholiken friedlich beieinander wohnen sollten. (Damit zeigt er eine Toleranz in Glaubenssachen, die in den blutigen Zeiten der Gegenreformation sehr selten ist, und die sich in Europa erst viel später allgemein durchsetzen konnte.) Das gesamte Deutschland sollte sich zum Kampf gegen den gemeinsamen äußeren Feind, als den er Schweden, Franzosen und Türken ansah, zusammenschließen. Gewiß wurde Wallenstein bei all seinen Plänen von persönlichen, brennendem Ehrgeiz vorwärtsgetrieben, dennoch gehört er zu den großen Gestalten der deutschen Geschichte, die sich von nationalen Gesichtspunkten für eine bessere deutsche Zukunft leiten ließen.

Zwei Monate nach den verlustreichen Gefechten von Nürnberg wagte der König am 6. November 1632 bei Köpen die Entscheidungsschlacht gegen Wallenstein. Sie endete nach blutigem Kampfe siegreich für die Schweden; doch der König hatte an der Spitze seiner Reiter im Handgemenge den Tod gefunden. Am 15. Februar 1634 wird sein hartnäckiger Gegner Wallenstein in Eger ermordet. Und nun, nach dem Tode der beiden in Politik und Strategie gleich genialen Persönlichkeiten, bricht das ganze Elend einer erbarmungslosen Kriegsführung über das unglückliche Deutschland herein, da große politische Ziele den Heerführern fehlen und die heutzutage als Soldaten aller Parteien den Krieg nur um des Krieges willen führt.

Auf der Höhe seines Ruhmes ist Gustav Adolf gefallen, erst 38 Jahre alt. Trophäen gehört er „zu jenen ungeheuren Herrschergefallen, von denen die Weltgeschichte bis jetzt nur die Hälfte eines Dutzend zu nennen vermag“.

Gewiß erscheint der König in reinerem und trahlerndem Licht als Wallenstein.

Doch dessen tragische Gestalt, der Schiller die höchste künstlerische Form verliehen hat, wird gemindert durch seine nationalen Ziele, die auch ihn für immer zu den Großen der deutschen Geschichte erheben ...



Die Schlacht bei Witten (Abdruck aus einem zeitgenössischen Kupferstich)





